

erschient täglich außer Montags...
Abonnement-Preis für Berlin...

Inspektions-Gebühr beträgt für die...
Anzahl der...
Anzahl der...

Verantwortlicher: Amt 6, Nr. 4106.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 4. März 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Parteigenossen!

Um der diesjährigen Mafseier über ganz Deutschland hin...
einen einheitlichen Charakter zu verleihen...

Programm

vor, das in seinen Einzelheiten in dem zur Ausgabe gelangenden...
Festblatte: „Arbeiter-Mafseier“ näher ausgeführt werden wird.

Wo immer die Genossen zur Feier vereint sein werden, ob...
bei Massen-Ausgängen, ob bei Ausflügen oder in Versammlungen...

Nachmittags 4 Uhr

die offizielle Feier mit einem Massengefang. In kurzen...
Ansprachen werden die Versammelten auf die Bedeutung des Tages...

Wie die Feier des Weiteren in den einzelnen Orten gestaltet...
wird, muß natürlich den Genossen überlassen bleiben.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Zur Kritik der preussischen Steuer-tarif-Debatten.

III.

Gentlemen und Junker. Bürgerliche Moral und steuerliche Erziehungskunst. (Schluß.)

Die Junker und die Mehrheit des Zentrums sind die...
Schöpfer des Steuer-tarifs, wie ihn die Kommission beschloß...

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

3

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert S. weichel.

Jedes Ding hat seine Zeit. Selt, Vater David, Ihr...
habt in Eurem Kloster auch nicht bloß gebetet.

Der Alte seufzte und Ambros scherzte: „Jetzt, da steht...
eine Kapelle, wo alle Sünden vergeben werden im Wein.“

Es wies auf das Wirthshaus von Salen, das rechts an...
der hier etwas breiteren Bergstraße vor ihnen lag.

In der Wirthsstube befanden sich nur zwei Gäste, ...
Bauern aus dem an der Gader liegenden Kirchdorfe Salen,

geleugnet. Bei der ersten Verathung des Gesetzeswurdes...
erklärte Graf Ranig:

„Ich freue mich, daß der Herr Abgeordnete nicht sich, wie...
in früheren Jahren, so auch diesmal wieder als Freund der...
Progressivsteuer bekant hat, und da haben wir ja begründete...
Aussicht, diese Steuer auch verwirklicht zu sehen.“

Es ist das übrigens derselbe Graf Ranig, der mit...
der Schneidigkeit eines Gardelieutenants in seiner Kritik der...
bei der Deklaration eventuell vorgeschriebenen eidesstatlichen...
Versicherung erklärte:

„Nehmen Sie an, ich werde aufgefordert, mein Einkommen...
selbst anzugeben; es wird nachher auch die eidesstattliche...
Versicherung von mir verlangt, und nachher sagt der betreffende...
Vorliegende der Einschätzungskommission: „Ja, das ist alles sehr...
schön, aber wir glauben's dir nicht, wir werden noch weitere...
Ermittelungen anstellen.“

Der Steuer-tarif müßte die unteren Einkommenklassen...
weit mehr entlasten, die Mittelklasse schärfer heranziehen...
und die großen Einkommen durch eine Progressivsteuer, die...
diesen Namen verdient, zu den Beträgen heranziehen, welche...
der Leistungskraft jener wirtschaftlichen Gruppen entsprechen.“

welche eben ihre Zechen bezahlten und dann fortgingen. ...
Ambros bestellte Wein und setzte sich auf die Fensterbank, ...
Stasi auffordernd, neben ihm Platz zu nehmen.

Wie wird's ausgegangen sein,“ zuckte Ambros mit...
den Achseln. „Der Soldat wurde von unseren Männern...
fortgeschoben, so daß wir nicht rechtchaffen an einander...
kommen konnten.“

„Gott sei gelobt,“ atmete Stasi auf. „Blitz und Hagel!“...
großte Ambros. „Dir erbarnt der Lump noch? Jetzt spring' einer den Madlen bei!“

„Ach, ich dan! Dir ja sehr,“ antwortete sie verschüchtert. ...
„Aber es wär' doch schrecklich gewesen, wenn's ein Unglück...
um meinetwillen gegeben hätte.“

ist, kann bereits jetzt als gescheitert betrachtet werden. ...
Herr Brömel sagte am 18. Februar: „Die Erbschaftssteuer...
ist nach menschlichem Ermessen für diese Session wenigstens...
und in der vorgeschlagenen Form beseitigt.“

Sieht man ganz ab von dem fiskalischen Zweck der...
Erbschaftssteuer, als Mittel der allgemeinen Vermögens-...
inventarisierung allein schon ist sie von hervorragender...
Bedeutung, ja eine Lebensbedingung für das richtige...
Funktionieren der Einkommensteuer im Organismus des...
Großkapitals.

Es bleibt abzuwarten, ob die Deklarationspflicht allein...
„ein wichtiges Erziehungsmittel in der Gewissenhaftigkeit...
der besitzenden Klasse gegen den Staat“ sein wird.

Der Steuer-tarif, wie das Steuergesetz überhaupt sind...
brauchbar nur als ein Provisorium, als ein Uebergang zu...
einer rationelleren Organisation des Steuerwesens.

Wenn erst das Volk im preussischen Landtage zu...
Worte kommen wird, wird die Steuerpolitik demokratisirt...
werden. Und im Einklang mit ihr muß im Reich der...
Sturz des Systems der indirekten Steuern erfolgen.

*) Marx, Das Kapital, I., 270.

Er warf seinen Spitzhut unmutig neben sich auf die...
Bank und David verbesserte seine Stimmung nicht, indem...
er, mit vollen Backen lachend, bemerkte: „Ja, ich weiß nicht;...
es ist doch gut, daß Du Dich gleich nachher fortgemacht...
hast. O diese Soldaten!“

Ambros wurde feuerroth vor Zorn und schlug mit der...
Faust auf den Tisch, daß die Gläser tanzten. „Heiliges...
Sakrament!“ rief er. „Die weiße Feder hält' ich gezeigt?...
Ich, der Ambros Falkner?“

Stasi starrte ihn erschrocken an, und der Ohm ließ einen...
Augenblick die Hände mit dem Fleisch und Brode und...
mit dem Messer auf den Tisch sinken. Dann wiegte er...
seinen schweren Kopf und sagte: „Du kennst die Bayern...
nicht, aber ich hab's erfahren, wie sie mit Einem...
umspringen. Heilige Mutter Gottes, wenn ich an die...
Nacht denke, wo sie in unser Kloster zu Klausen...
einbrachen! Ich werd's mein Lebtag nicht vergessen.“

Wieder schüttelte er den Kopf und Ambros murkte, ...
indem er sich mit gespreizten Fingern durch die schwarzen...
Loden fuhr: „So was von mir zu glauben!“ Das Mäd-...
chen schaute ihn bittend an; er schenkte sich ein, stürzte...
das volle Glas hinunter und sagte: „Eigentlich ist's...
lustig, daß ich davongelaufen sein soll.“

„Ja, ich weiß nicht,“ begann dieser in seiner ver-...
schwommenen Weise. „Wir lagen schon alle in unseren...
Betten, als die Soldaten hereinbrachen. Wie der böse...
Feind tobten sie durch die Kreuzgänge und durch alle...
Zellen, kaum daß sie uns Zeit ließen, unsere Kutten...
überzuwerfen. Sie schlugen alles kurz und klein und mit...“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. März.

Die heutige Sitzung des Reichstags war ebenso langweilig wie die gestrige, aber sie war nicht so lang — die Qual dauerte nur kurze Zeit — in zwei Stunden war der ganze Rest des Militärbudgets bewilligt — etwa 1 oder gar 2 Millionen die Minute. Eine Debatte gab's nicht — das Haus hat sich von den „Aufregungen“ der zwei letzten Sitzungen voriger Woche noch nicht erholt — es braucht noch einige Tage, um wieder in halbwegs normalen Zustand zu kommen. Merkwürdig, wie schwach und gebrechlich diese parlamentarischen Körper sind — namentlich in Deutschland.

Morgen kommen die Reichs-Eisenbahnen zur Besprechung. Wenn Niemand die Tariffrage „anschneidet“, wird die Sitzung, welche um 12 beginnen soll, schon um 2 Uhr beendigt sein. —

Eine eklatante Niederlage für unsere Partei nennt die „Freisinnige Zeitung“ das Resultat der Sonnenberger Stichwahl, und der „Reichsbote“ sieht in dem Wahleresultat eine bemerkenswerthe Niederlage. Dies wäre alles richtig, wenn die „Berliner Zeitung“ mit ihrer Aeußerung, daß wir sicher gehofft hätten, den Wahlkreis zu erobern, recht hätte. Aber dies war nicht der Fall, wir haben den Sieg für sehr unwahrscheinlich gehalten, wie jeder Leser unseres Blattes weiß. Unserer Partei kommt es auch nicht auf Wahlerfolge an, die durch nationalliberale Stimmen errungen werden. In der Nachwahl hat es sich gezeigt, daß wir die einzige Partei des Wahlkreises waren, welche ihren alten Stand behauptet hat, während Nationalliberale und Freisinnige gewaltige Verluste zu verzeichnen hatten. Und jetzt prahlen die Freisinnigen mit ihrem Wahlsiege, den sie nicht eigener Kraft, sondern gnädig gewährter Hilfe der Nationalliberalen verdanken. Wenn es ein Sieg war, so war es ein Sieg des Kartells, zu dem die Freisinnigen bald voll und ganz gehören werden, wenn ihre Haltung bei den Arbeiterchuh-Debatten auch ferner die gleiche bleibt.

Die deutsche Kaiserin-Wittve hat an ihren Sohn, den Kaiser, ein Schreiben gerichtet, welches die höchste Befriedigung ausdrückt über die Artigkeit, mit welcher sie in Frankreich von allen Personen in amtlichen Stellungen behandelt worden ist.

Die Erneuerung der Passivregel bleibt aber bestehen. Das nennt man „hohe Politik“.

Wie die Sonnabendrede Caprioli's in den deutschfreisinnigen Kreisen gewirkt hat, das wird ergötzlich illustriert durch den Leitartikel der „Vossischen Zeitung“ vom gestern Abend. Es wird darin mit großem Scharfsinn nachgewiesen, daß den Deutschfreisinnigen gar nichts passiert ist — also weder Auseinandersetzung noch Absage. Der Artikel ist so kostbar, daß wir unseren Lesern wenigstens den Anfang mittheilen müssen. Wir lesen da:

„Ein hiesiges Kartellblatt, das wie andere gleichgestimmte Organe des alten Kurtes in der Provinz tagenlang seit gewissen Kundgebungen von höchster Stelle die Regierung angefleht hatte, durch ein „klarendes Ereignis“ endlich über ihre Stellung zur freisinnigen Partei Auskunft zu geben, erblüht die politische Bedeutung der Reichstags-Verhandlungen vom Sonnabend in der Auseinandersetzung zwischen dem Reichskanzler und den Deutschfreisinnigen“, die durch die Rede des Herrn von Caprioli „in aller Form“ erfolgt sei. Der stenographische Wortlaut der Rede ist noch nicht erschienen. Die bisher vorliegenden Zeitungsberichte über sie haben wir nach dem ersten Gesamteindruck nicht einmal, sondern wiederholt in verschiedenen Blättern genau durchgesehen, um etwas, was wir bei der ersten Prüfung vermissten, nachträglich zu finden. Die Mühe blieb erfolglos, das Vermisste — es ist nur ein einziges Wort — fand sich trotz allen Suchens nicht, und wir vermuthen, daß auch die Blätter, die heute über die „Auseinandersetzung“ und das „zerschnittene Tafeltuch“ zwischen dem Reichskanzler und den Deutschfreisinnigen jubeln, beim Suchen danach keinen besseren Erfolg haben werden.

„In der ganzen vorgestrigen Rede des Reichskanzlers, die einen Absagebrief der Regierung an die Freisinnigen enthalten soll, findet sich das Wort „freisinnig“ oder „freisinnige Partei“ nicht ein einziges Mal. Man steigt man zu den Erfordernissen einer Auseinandersetzung in erster Linie doch eine deutliche Bezeichnung desjenigen Theils zu zählen, mit dem man sich auseinandersetzen wünscht.

Herr v. Caprioli hat es zwar an Beweisen ausgesprochener Abneigung gegen den Abg. Richter und die „Fortschrittspartei“ am Sonnabend nicht fehlen lassen; was aber den letzteren betrifft, so ist die darin liegende Auseinandersetzung eine rein persönliche; eine Absage an die „Fortschrittspartei“ ist überhaupt gegenstandslos, denn die Partei als solche existiert schon seit dem Jahre 1884 nicht mehr.“

Genug — der Reichskanzler hat sich nur mit den „Fortschrittlern“ auseinandergesetzt, und nicht mit den Deutschfreisinnigen. Fortschrittler giebt's aber überhaupt nicht mehr — es hat folglich nur eine „Auseinandersetzung“ mit einer todtten Partei stattgefunden — was vielleicht gar nicht so ganz unrecht ist. —

Herr Eugen Richter ist ärgerlich, daß wir sagten, er habe am Sonnabend eine Liebeswerbung gemacht — das sei nicht wahr, er habe ja sehr scharf oppositionell gesprochen. Aber das hatten wir nicht geleugnet. Trotzdem war's eine Liebeswerbung, und das war gerade der Humor davon. Cost la ton qui fait la musique — der Ton macht die Musik, und wer die Richter'sche Rede gehört hat, konnte nicht einen Moment über den Ton im Zweifel sein; und Niemand war auch im Zweifel.

Doch die persönlichen Gefühle und Leiden des Herrn Eugen Richter sind für uns als Politiker sehr gleichgültig — was uns interessirt, ist, daß durch die Sonnabendrede des Reichskanzlers die Situation allerdings insofern „geklärt“ worden ist, als nun auch der hartnäckigste Optimist sich von der Thorheit des Glaubens an einen Bruch mit dem Bismarck'schen System überzeugt haben muß. Wir haben das System Bismarck, das heißt etwas respectabler, etwas anständiger, etwas weniger gehässig und kleinlich, etwas weniger abstoßend in der Form — allein im Grund und Wesen das System Bismarck.

Wir Sozialdemokraten brauchten das nicht erst zu lernen. Wir wußten von vornherein, was wir von dem „neuen Kurs“ zu halten hatten. Wir wußten, daß die Regierung, um einen „neuen Kurs“ einzuschlagen, mit dem Großkapital hätte brechen müssen; und wir wußten auch — und das Arbeiterchuh-Gesetz war der handgreiflichste Beweis — daß die Regierung nicht im Stande sein werde, diesen Bruch zu vollziehen. Aus dem Klassenstaat kann man bloß mit Hilfe des Sozialismus herauskommen. Wer den Sozialismus nicht versteht und ihn fürchtet oder haßt, steckt eben im Klassenstaat und muß dem Großkapital dienen — er mag wollen oder nicht.

Die Herren Nationalliberalen — so weit sie noch vorhanden sind — haben das nach einigem Schwanken eingesehen und dem neuen Herrn Kulemann, der bei der Bochumer Wahl für Müllensiefen agitierte und jetzt verlangt, daß das den Bergleuten gegebene Versprechen gehalten, und den Grubenbesitzern der Stahl vor die Thür gesetzt werde — in einer Erklärung des Zentralvorstands der nationalliberalen Partei höchst ungermonisch gezeigt, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Der arme Kulemann! Und er hat ein so dickes Buch über Sozialistengesetz, Arbeiterschutz und ähnliche Arbeiterfreundlichkeiten geschrieben und sich doch so redlich bemüht, den Herrn Kapitalisten den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen. —

Die Sozialdemokratie auf dem Lande betittelt sich ein Artikel der „Magdeburger Zeitung“, aus dem sich die Angst vor den sozialistischen Beirren und besonders vor deren Eindringen unter die ländlichen Arbeiter herausfühlen läßt. Es wird dort zugegeben, daß Unzufriedenheit vorhanden sei, ja noch mehr, daß auch Grund zur Unzufriedenheit sei. Anders hätten sonst die Worte keinen Sinn:

„Mit der Belehrung über die Zwecke und Ziele der Sozialdemokratie muß auch die Untersuchung der Beschwerden und Klagen, die aus ländlichen Bezirken laut geworden, sowie ihre Abstellung Hand in Hand gehen.“

Und des Ferneren wird gesagt, daß nicht behauptet werden könne, es sei in dieser Beziehung immer das Nüthige geschehen. Sehr richtig, die Klagen des Landmannes über den Wildschaden, die von der „Magdeburgerin“ als Beispiel angeführt werden, sind bereits Jahrhunderte alt und nichts ist bisher zu ihrer Abhilfe geschehen. Sehr richtig wird ferner behauptet, daß es die Großgrundbesitzer seien, an deren Widerstand alle Vorschläge gescheitert

seien. Die Herren wollen eben nicht in ihren noblen Passionen behindert sein. Wenn die „Magdeburgerin“ sich dessen ungeachtet damit tröstet, daß die Lehren der Sozialdemokratie keinen festen Boden bei der ländlichen Bevölkerung und insbesondere bei den Kleinbauern finden werden, so müssen wir ihr diesen Trost noch rauben. Ein Blick auf die landwirtschaftliche Statistik muß Jedem zeigen, daß die Zahl der kleinen Betriebe im Rückgange begriffen ist und die großen, wenn auch nicht der Zahl, so doch ihrem Flächeninhalt nach steigen. Wenn die Enteignung der kleinen Besitzer so fortschreitet, wird nur zu bald von einem Kleinbesitz nicht mehr die Rede sein. Auch die Zunahme der Maschinenkräfte in der Landwirtschaft ist ein Faktor, der die Zerlegung des Kleinbetriebes befördert. Die kleinen Besitzer sind nicht im Stande, die Maschinen anzukünnen und müssen deshalb die theure Handarbeit benutzen, während der Großgrundbesitzer bedeutend billiger und rentabler arbeiten kann. Wir rathen der „Magdeburger Zeitung“, sich einmal den Artikel in Nr. 103 der „Kreuz-Zeitung“ über dasselbe Thema anzusehen, die bedeutend besser in der Frage unterrichtet zu sein scheint. Dieselbe giebt unumwunden zu, daß die Sozialdemokratie bereits festen Fuß auf dem Lande gefaßt hat und daß sie auch weiter um sich greifen wird, wenn nicht die Kirche eingreifen würde. Nun, für diese lehtere Drohung haben wir nur ein Lächeln. Durch Beten wird Niemand satt, auch nicht dadurch, daß die Pastoren keuschelig mit den Arbeitern und Bauern verkehren. Jeder, der wirklich auf die Ideen der Arbeiter und Bauern eingehen will und der die unläugbaren Uebelstände abuschaffen beabsichtigt, muß ihnen auch den Sozialismus anrathen, will er nicht zum Heuchler werden; hochklingende Reden und tönende Versprechungen versangen nicht mehr, dazu ist das arbeitende Volk schon zu oft enttäuscht worden, und speziell die Kirche, die nunmehr bald zweitausend Jahre versprochen, das Loos der Bedrückten zu lindern, sollte doch wissen, daß man endlich einmal Thaten sehen will. Diese Thaten können aber weder von den gegenwärtigen Besitzenden, noch von der Kirche geleistet werden, da dadurch ihre privilegierte Stellung aufgehoben werden müßte. Dazu werden die Herren sich nicht aufschwingen, und so wird der Sozialismus trotz aller Jeremiaden der „Magdeburger“ und der „Kreuz-Zeitung“ immer größere Kreise der Landbevölkerung an sich reißen.

Die gestrigen Wahlen zum österreichischen Abgeordnetenhaus haben eine veränderte Parteikonstellation zur Folge. Die Altisachen, die der stärksten Stützen der Regierung haben fast nur Niederlagen zu verzeichnen; in den meisten ihrer alten Wahlkreise mußten sie den ruffreundlichen Jungisachen weichen, so daß die bisherige Regierungspartei, da auch die Polen Verluste zu verzeichnen haben, in die Minorität gedrängt ist. Aber auch die bisherige Oppositionspartei, die liberalen Deutschen haben fast nur Verluste zu verzeichnen, da die Antisemiten in Niederösterreich außerordentliche Erfolge zu verzeichnen haben. Zwei Drittel der Wahlen stehen noch aus. Graf Taaffe kann sich aber schon nach den jetzigen Ergebnissen nur noch auf eine Koalition der Liberalen mit den Polen stützen, was zwar ebensowenig ihm als den Liberalen zur Ehre gereichen, aber trotzdem geschehen wird. —

Die große Bewegung unter den englischen Seceuten scheint wegen des Uebermuthes der Rheder zu einem Streik zu führen. Ein Londoner Telegramm meldet hierüber:

„Der Sekretär des Seemanns- und Heizer-Vereins, Wilson, ersuchte in einem Schreiben an die Föderation der Rheder um bestimmte Auskunft, ob jeder Seemann eines Föderations-schiffes eine Föderationskarte haben müsse und kündigte an, daß, wenn dies der Fall sein sollte, ein allgemeiner Streik aller zum Vereine gehörigen Seceuten und Heizer des Landes angeordnet werden würde.“ —

Die Sperre gegen amerikanisches Schweinefleisch war schon bei der letzten Diskussion im Reichstage nur durch Scheingründe der Regierungsvorrede aufrecht zu erhalten. Nun wird das aber noch schwieriger werden, da die amerikanische Regierung alle Vorkehrungen getroffen hat, um die Gesundheit der geschlachteten Thiere zu garantiren. Ein Telegramm des Wolffschen Bureaus aus Washington meldet hierüber:

Die Repräsentantenkammer genehmigte den Gesetzentwurf betreffend die Ueberwachung von lebendem und geschlachtetem

Roldensbüden trieben sie uns alle in den Hof. Unserem gnädigen Herrn Abt und dem Rothbart hatten sie die Hände mit Stricken gebunden. Von dem Rothbart wirst Du wohl schon gehört haben?“

Ambros verneinte aber und David fuhr fort: „Wir nannten ihn immer den Rothbart, er selbst schreibt sich aber Jochem Gaspinger und zu St. Martin im Gfischerthal ist er daheim. Wie er noch ein Büschlein war, so ein neunzehn oder zwanzig Jahr alt, ist er aus der Priesterlehre weggelaufen, um sich mit den Franzosen zu schlagen. Geistlich hat er werden sollen, aber es hat ihn nimmer gelitten, und er ist mit dem Stutzen ausgezogen. Wie nachher alles in Italien ist zu Ende gewesen, da ist er in unser Kloster gekommen. Aber den Grimm gegen die Franzosen hat er nicht abgethan, und wie wir haben bayerisch werden müssen —“ Er warf einen spähenden Blick auf die offene stehende Thür und setzte mit gedämpfter Stimme hinzu: „Wie Feuer geht ihm das Wort Gottes aus dem Munde.“

„Wie er in die Rutte hat kriechen können, nachdem er Pulver getochen hat, das will mir nicht eingehen,“ äußerte Ambros mit einem Anstrich von Verachtung. „Aber was haben die sächsischen Bayern nachher mit ihm angeestellt?“

„Ja, ich weiß nicht,“ versetzte der ehemalige Kapuziner. „Fortgeschleppt haben sie ihn und den Herrn Abt. Uns Anderen wurde gesagt, daß wir gehen könnten, wohin wir wollten; unsere Ordenskleider aber sollten wir abtun. Und dann haben sie uns zum Hofthor hinausgestoßen auf die Gassen und haben dabei ihr gottelasterliches Gespött getrieben. Da bin ich denn nach St. Basil zu meiner Schwester gegangen, die mit dem Kaspar Larzeit ist verheiratet gewesen. Wohin häßt ich auch gehen sollen? Ich hatte Niemand auf der Welt nicht mehr.“

Er senkte und trant. Stasi, die ihm mit Rührung zugehört hatte, obgleich sie seine Geschichte schon kannte, streichelte mitleidig seinen Oberarm. Er wiegte wieder seinen Kopf hin und her und schob dann ein großes Stück Käse in den Mund.

Ambros hatte unterdessen seine Pfeife hervorgezogen und mit Stahl und Stein Feuer geschlagen. Den brennen-

den Schwamm auf den Tabak drückend, fragte er: „Und Deine Kutten, Ohm, was ist aus der geworden?“

Stasi warf dem unverbesserlichen Spötter einen vorwurfsvollen Blick zu, David Fenschler aber flüsterte, indem er sich über den Tisch vorbeugte: „Ja, ich weiß nicht, glaubst Du nicht auch, daß unser Ordenshaus in Klausen und die anderen wieder Klöster werden werden?“

„Ver!“ machte Ambros und David senkte resignirt: „Wie Gott will. Die Kutten liegt in meinem Kasten daheim und in ihr will ich begraben werden.“

„Amen!“ sagte Ambros und stützte sich mit dem rechten Ellenbogen auf den Tisch, die Finger in seinem Haar vergrabend. Durch die Rauchwölkchen betrachtete er Stasi und verfolgte die Brocken, die sie von dem Brot abbrach, bis zu ihrem rothen Munde und den weißen Zähnen. Sie wurde darüber verlesen und hörte auf zu essen.

Eine Gesellschaft von Landleuten, Männern und Frauen, die ebenfalls von St. Lorenzen kam, trat in die Wirthsstube. Einer darunter erkannte in Ambros den Helden von der Frohnwiese, begrüßte ihn als solchen und pries sein mannhaftes Auftreten, worauf auch die Anderen in sein Lob ausbrachen. Er hätte es dem Bayern gut gezeigt, wie er sich gegen Frauen zu betragen hätte, versicherten sie und dabei traf Stasi mancher neugierige Streifblick aus den weiblichen Augen. Ambros machte das Lob ungeduldig und als jetzt an Stelle der Wirthin der Wirth hereinkam, um sich nach den Wünschen der neuen Gäste zu erkundigen, tief er: „Zahlen!“

„Eins nach dem Anderen,“ versetzte bedächtig der Wirth, ein Mann, kräftig und knorrig wie eine Eiche, ein echter Germane auf der Grenzwaacht. Denn bei Salen scheiden sich die deutschen und ladinischen Stämme und Sprachen.

Gebuld war jedoch nicht die Sache des Kloster-Ambros und so warf er den Betrag seiner Fehde auf den Tisch, stülpte seinen Hut auf und befahl: „Kommt!“ Er schritt zur Thür hinaus und Stasi, die inzwischen die kleinen Ueberreste des Fleisches und Käses, die der Appetit des Ohms verschont, in ihren Korb gepackt hatte, gehörte mit David, als ob es sich von selbst verstände.

Der Weg hob sich unmerklich und mit kurzen Unter-

brechungen stetig an dem rechten Ufer der Gader, dem Laufe des Flusses entgegen, indem er den Aus- und Einbiegungen des hülflichen Thalraudes folgte. Ein quer sich vorlagernder Berg in Gestalt einer grünen Riesenglocke verband das Pustertal im Rücken der Wanderer. Die schmale Sohle des Enneberger Thales füllte ganz die muntere Gader aus. Die stark abschüssigen Abhänge bekleideten grüne Matten, blühender Flach, reisendes Korn. Die Höhen beherrschte der Wald, aus dessen schwärzlichem Nadelgewirr hier und dort nacktes wunderbar geformtes Gestein gen Himmel ragte. Zuweilen stieg der Wald auch bis zur Gader hinunter und der Schatten unter den mächtigen Rothbäumen war den Wanderern willkommen. Zerstreut zwischen den feilen Matten und Felbern lagen die rothbraunen Holzhäuser der Kesppler auf steinerne Unterbau, dessen Kalkverwurf von dem grünen Grunde blendend sich abhob. Wo es der Raum gestattete, drängten sich die Hütten auch zu einem Dörflein zusammen, mitunter um ein kleines Kirchlein mit zwiebelartigen, grünem Thurm-dach, oder es grüßte ein solches einjam von einem Vorsprünge des westlichen Thalraudes. Jede Wendung der schmalen Straße, die zuweilen den Boden unter sich verlor und als Brücke an steiler Felswand hing, oder wann sie sich durch eine Waldstrecke gewunden hatte, zeigte den drei Wanderern ein anderes liebliches Landschaftsbild in sonnig blauem Dunst.

Stasi ließ ihre braunen Augen froh umherscheitern, während David Fenschler zur Verdaunung den Rosenkranz betete. Ambros mußte dem Mädchen die Namen der Ortschaften nennen.

„Ach, Du lieber Gott, wie ist es doch so schön auf der Welt,“ sagte sie einmal und hob die Augen mit einem Leuchten zu dem Büschlein auf.

„Bist wohl auch ein Jäger?“ fragte sie.

„Freilich!“

(Fortsetzung folgt.)

Rindvieh und Schweine mit einem Amendement, nach welchem das zum Export bestimmte Vieh einer besonderen Untersuchung unterworfen werden muß und wonach ferner angeordnet wird, daß die von den gesund befundenen Thieren herführenden Produkte mit besonderen Kennzeichen versehen werden müssen. Der Senat hat ebenfalls dieses Amendement angenommen.

Unterm „neuen Kurs“.

Januar.

2. **Eberwalde.** Genosse Heint. Nahl in Hohen-Buhen wegen Beamtenebeleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt 4 Monate 9 Tage Gefängnis.
8. **Magdeburg.** Wegen Verbreitung eines Flugblattes wurden unter Anklage des groben Unfugs der Verleger mit 150 M. und die drei Verbreiter mit 100 M. Geldbuße bestraft.
19. **Berlin.** Tischler Gampel vom Landgericht wegen Erpressung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einem Tischlermeister mit Sperte der Werkstatt gedroht hatte, falls er die geforderte Löhnerhöhung verweigere.
20. **Königsberg.** Sämtliche Vorstandsmitglieder des Maurervereins und Zimmererverbandes je 15 M. Geldbuße, eventuell 3 Tage Gefängnis wegen „In-Verbindung-Tretens“. Das Verbrechen bestand darin, daß in einer Versammlung des Zimmererverbandes ein Brief verlesen wurde, worin der Vorstand des Maurervereins zur Teilnahme an seiner Fahnenweihe einlud.
28. **Halberstadt.** Redakteur R. Berg von der „Sonntagszeitung“ wegen Beleidigung 80 M. Geldstrafe event. 6 Tage Haft.
- „**Brandenburg.** Redakteur Dolega vom „Vollst. f. Ostbavelland“ wegen Beschimpfung der christlichen Kirche 1 Monat Gefängnis. Von der Anklage wegen Beleidigung der evangelischen Geistlichkeit wurde er freigesprochen.
30. **Berlin.** Rifenmacher Krause von der Anklage der Beleidigung des Polizeipräsidenten, bez. des Berliner Fabrikationsinspektors vom Schöffengericht freigesprochen.
31. **Magdeburg.** Vertrauensmann Adolf Schulz und 20 andere Genossen erhielten Strafmandate von je 40 M., weil sie ohne polizeiliche Erlaubnis Parteibeiträge entgegengenommen hatten.
- „**Hamburg.** Der Redakteur des „Grundstein“, Genosse F. Th. Stanning wegen Beleidigung der Leipziger Polizeibehörde 150 M. Geldbuße.
- „**Leipzig.** Das Reichsgericht verurteilt die Verurteilung vom Eisenreder Weinheber und 44 Genossen, die in Altona f. Z. wegen Uebertretung des Sozialistengesetzes, Verschlimmung von Staatsanwaltschaften (durch Verbreitung eines Wahlflugblattes) zu Gefängnisstrafen von mehreren Monaten, bez. mehreren Wochen verurteilt worden waren.
- „**Hamburg.** Redakteur Will von der „Gerechtigkeit“ wegen Unredl. Beleidigung 50 M. Geldstrafe ev. 10 Tage Gefängnis.

Februar.

1. **Dresden.** Bronze-Arbeiter G. R. Thiele wegen Verschlimmung von Staatsanwaltschaften 30 M. Geldstrafe, ev. 6 Tage Gefängnis.
2. **Berlin.** Stadtm. Tempel wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten 20 M. Geldbuße.
3. **Leipzig.** Genosse E. Eger wegen Tragens republikanischer Abzeichen (derselbe hatte beim Begräbnis eines Genossen einen Kranz mit rother Schleife getragen) 15 M. Geldbuße ev. 3 Tage Gefängnis und wegen unerlaubten Sprechens 5 M. ev. 1 Tag Haft.
- „**Hamburg.** Genosse Biebelwisch wegen Mithigung im vorjährigen Maurerstreik in erster Instanz freigesprochen, wird auf Verurteilung des Staatsanwalts zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.
3. **Frankenthal.** Genosse Daniel Merkel aus Lambrecht wegen Majestätsbeleidigung 4 Monate Gefängnis.
- „**Frankfurt a. O.** Redakteur Müller von der „Märkischen Volksstimme“ wegen Beleidigung 50 M. Geldbuße.
5. **Meerane.** Genosse Morgener wegen Bedrohung und Belästigung (§ 153 der Gewerbe-Ordnung) drei Tage Gefängnis.
4. **Altenburg.** Redakteur H. Käppler wegen groben Unfugs 30 M. Geldbuße (Verhängung der Sperre).
7. **Karlsruhe.** Tagelöhner W. Burthardt in Pforzheim wegen Beleidigung des Königs von Württemberg 10 Wochen Gefängnis.
9. **Dalle.** Redakteur Hoffmann von der Anklage der Beleidigung freigesprochen.
10. **Nürnberg.** Genosse Oehme tritt seine wegen Majestätsbeleidigung subditierte 8 Monate Festung auf Festung Oberhaus an.
- „**Verden.** Redakteur Watermann von der „Norddeutschen Volksstimme“ vom Landgericht wegen Beleidigung 3 Wochen Gefängnis; das schöffengerichtliche Urteil lautete auf 14 Tage Gefängnis.
- „**Weißenhof.** Drei Genossen wurden vom Schöffengericht wegen groben Unfugs (Abfragen des Viebes: „Weißt Du, wie viel Sternlein stehen“) zu je 1 Woche Gefängnis verurteilt.
- „**Erfurt.** Der Vorsitzende des Freidenkervereins „Brandt“ vom Schöffengericht zu Geldbuße eventuell 1 Tag Haft wegen groben Unfugs, derselbe wurde darin gefunden, daß er einen Vortrag über: „Die Segnungen des Unglaubens“ öffentlich ankündigte.
10. **Duisburg.** Genosse Aug. Schenk von Mülheim wegen Majestätsbeleidigung 4 Monate Gefängnis.
- „**Bernburg.** Drei Vorstandsmitglieder des Sozialistischen Arbeitervereins je 15 M. Geldstrafe wegen um 12 Stunden verspäteter Einreichung der Mitgliederliste.
11. **Frankfurt a. M.** Hoch, Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“, von der Anklage der Polizeibeleidigung freigesprochen. Staatsanwaltsantrag: 200 M. Geldbuße.
- „**Brandenburg.** Die Genossen Kiepling, Holzhauser, Günther, Heßling und Müller werden vom Landgericht als Leiter der Generalkommission wegen Nichteinreichung von Statuten und Mitgliederverzeichnis zu je 15 M. Geldbuße verurteilt.
- Die Vorsitzenden von 7 verschiedenen Gewerkschaften haben je 15 M., von 2 anderen je 5 M. Polizeibüße erhalten wegen Nichteinreichung der Mitgliederliste bei Ablauf des Kalenderjahres.
11. **Nordhausen.** Genosse Schulze, Redakteur der „Zür. Tribüne“ wegen Beschimpfung der christlichen Kirche freigesprochen.
12. **Mühlhausen i. Th.** Dr. Büchel aus Magdeburg wegen Beschimpfung der Kirche 6 Monate Gefängnis.
- „**Leipzig.** Das Reichsgericht bestätigte die gegen M. D. Zeißler, Redakteur der „Schlächter Arbeiter-Zeitung“, am 5. November wegen Beleidigung ausgesprochenen Strafe von 12 Wochen Gefängnis.
- „**Colmar.** Friseur Alenbach und 5 weitere Genossen wurden wegen Verbreitung (nicht etwa Colportage) der „Schlächter-Zeitung“ zu je 40 M. Geldbuße, ev. 10 Tage Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte gegen Genossen Alenbach 1 Monat Gefängnis beantragt.
- „**Magdeburg.** Genosse Baetz von der „M. Volksstimme“ 200 M. Geldbuße wegen Beleidigung durch die

- Presse. Genosse Meier wegen Preschvergehen zu 165 M. Magdeburg. Genosse Köhn aus Magdeburg und Genosse Dupont aus Berlin, ersterer zu 14 Tagen, letzterer zu 50 M. ev. 10 Tagen Gefängnis wegen Polizeibeleidigung, begangen in einem Artikel im „Organ für Bildhauer“.
- „**Lüneburg.** Genosse Henkel 30 M. Geldbuße wegen unerlaubter Sammlung.
14. **Fischerwalde.** Genosse Hörmann 15 Mark Geldbuße, ev. 3 Tage Gefängnis wegen groben Unfugs; er hatte „ohne jede Veranlassung“ dreimal „Hoch die Sozialdemokratie!“ gerufen.
- „**Magdeburg.** Genosse Dringmann und zwei Gastwirthe wegen Ueberschreitung der Polizeistunde bei Abhaltung des Stiftungsfestes des Allgemeinen Arbeiter-Vereins zu 30 M. Geldstrafe.
- „**Lörrach.** Genosse Weise nebst 8 Kollegen je 100 M. ev. 20 Tage Gefängnis wegen Anschlagung von Versammlungsplakaten ohne polizeiliche Erlaubnis (auf Grund eines Gesetzes von 1791!).
15. **Frankfurt a. M.** Mühlenbauer M. Dillmann wegen Mithigung 3 Wochen Gefängnis. Er hatte im Auftrage seiner Kollegen den Arbeitgeber angefangen, wenn sie die Forderungen der Arbeiter ablehnten, würden ihre Namen in der Arbeiterpresse publiziert.
18. **Chemnitz.** Wegen Mithigung, Bedrohung und Widerstand (aus Anlaß eines Weberstreiks im Dezember 1891 in Wolltenbruch) wurden verurteilt: Habel 5 Monate Gefängnis, Strickhast 6 Wochen, Pracos 3 Monate, Udatz 2 Monate Gefängnis. Die Angeklagten, Böhmen, sind seit Dezember verhaftet und wird je 1 Monat auf Untersuchungshaft angesetzt.
- „**Halberstadt.** Redakteur R. Berg von der „Halberst. Sonntags-Zeitung“ wegen Beleidigung 40 M. Geldbuße ev. 8 Tage Gefängnis.
21. **Berlin.** Curt Baake, Redakteur des „Vorwärts“ wegen Beleidigung der bewaffneten Macht 2 Monate Gefängnis.
23. **Weißenfels.** Genosse Hanschu wegen groben Unfugs 3 M. Geldbuße.
- „**Gera.** Der Redakteur der „Neu. Trib.“ wegen mehrfacher Beleidigung 5 Wochen Gefängnis.
24. **Magdeburg.** Schuhmacher Roack aus Erfurt wegen Beleidigung und Beschimpfung der christlichen Kirche (in einer Versammlung über den Erfurter Schuhmacher-Streik) 10 Monate Gefängnis. Staatsanwalts-Antrag: 2 Jahre!
- „**Stettin.** Genosse Randler und Wirth Litzmann in Grabow, die ein Polizeimandat von 15 M. Geldbuße erhalten, weil sie eine Versammlung im Wohnzimmer des Wirthes im Gastzimmer abgehalten, wurden vom Schöffengericht von der Anklage unerlaubter Versammlung freigesprochen.
- „**Erfurt.** Schuhmacher Staudinger wegen Beleidigung des Bezirksrathes Köhling 2 Tage Gefängnis, obwohl Kläger selbst sich der beschimpfenden Aeußerungen nicht mehr genau erinnerte.
- „**Hamburg.** Hoffmann, Vorsitzender des Streikkomitees der Pelzer und Trimmer, wegen Bedrohung eines Nicht-freireisenden 6 Monate Gefängnis.
25. **Jwistau.** Genosse Erth aus Schneeberg wegen Gotteslästerung 6 Monate Gefängnis.
- „**Brandenburg.** Genosse Schmidt aus Blankenburg wegen Majestätsbeleidigung 4 Monate Gefängnis.
- „**Dalle.** Genosse Kaulich wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz 15 M. Geldbuße.
26. **Brandenburg.** Dienstknecht Martin Schmedde wegen Majestätsbeleidigung 6 Monate Gefängnis und weil er den ihn zur Rede stellenden Denunzianten Webermeister Zimmermann mit einem Stock über den Kopf gehauen hatte, wegen Körperverletzung 3 Monate Gefängnis.
- „**Wiesbaden.** Genosse Gul wegen Polizeibeleidigung 14 Tage Gefängnis.
28. **Berlin.** Die Genossen Freidant und Brämmer aus Schneeberg, durch Polizeimandat und Schöffengericht wegen unerlaubter Kollekte mit je 6 bzw. 3 M. und Kosten verurteilt, werden vom Landgericht freigesprochen.
- „**Altona.** Genosse Stengele, Redakteur der „Nordd. Volks-Zeitung“ wegen Beleidigung der Kieler Stadtkollegen 100 M. Geldbuße.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Spandan, 24. Februar. Der Kampf mit geistigen Waffen“ treibt hier die sonderbarsten Blüten. Ganz abgesehen davon, daß den Arbeitern kein größeres Votum zu öffentlichen Versammlungen zur Verfügung steht (hat doch der, überwiegend freisinnige hiesige Gastwirthsverein den staatsrechtlicheren Beschluß gefaßt: „Kein Votum zu sozialdemokratischen Versammlungen herzugeben“) und demzufolge von einer erfolgreichen, öffentlichen Agitation nicht die Rede sein konnte, hat die Polizeibehörde in neuester Zeit an den Vorstand des hier seit einiger Zeit bestehenden sozialdemokratischen Leseklubs die Verfügung erlassen, daß die Sitzungen des Klubs fernerhin nicht mehr stattfinden dürfen, weil die benützten Lokalitäten nicht den gesetzlichen, sanitären Anforderungen genügen.

Es scheint demnach die Gesundheit und das Wohlbefinden der Sozialdemokraten speziell sich seitens der Behörden der außer-gewöhnlichsten Fürsorge zu erfreuen. Doch damit nicht genug, sogar gewerkschaftliche Vereinigungen, die nur irgend wie in den Verdacht gekommen sind, umhürzerische Tendenzen zu hegen, wie dem Verein der Lötzer, ist jetzt seitens der Polizei das Verbot zugegangen, in dem bisherigen Lokal Versammlungen abzuhalten, da das benutzte Zimmer unter anderen zu klein sei. Der genannte Verein zählt einige zwanzig Mitglieder.

Selbstverständlich wird gegen diese polizeilichen Verfügungen Beschwerde erhoben werden.

Eine eigenthümliche, tiefgehende Bewegung hat sich seit Kurzem der hiesigen Arbeiterbevölkerung bemächtigt.

Eine Wagenfrage im eigentlichen Sinne des Wortes, ein „Fleischkrieg“ ist entbrannt. Und was wir für beinahe unmöglich hielten, nämlich der hiesigen nach Tausenden zählenden, aus allen Theilen des Reichs zusammen gewürkelten indifferenten Fabrikarbeiter-schaft Sinn und Interesse für öffentliche Angelegenheiten einzuführen, sie zum Nachdenken über ihre Klassenlage zu bringen, der „Fleischkrieg“ hat es fertig gebracht. Mit verblüffender Gewalt plötzlich und unvorbereitet brach die Bewegung los, um nach kurzem Kampfe mit einem glänzenden Siege der Arbeiter zu enden.

Die zuerst so sehr auf ihren Geldsack pochenden Schlächtermeister trafen bald zu Kreuze, als die Herren einsahen, daß aus der Sache bitterer Ernst wurde. Die Angelegenheit verhält sich wie folgt:

Eine Anzahl Fabrikarbeiter überzeugte sich durch Zeitungsberichte und durch persönliche Einfälle in Berlin bald von der Thatsache, daß der Detailpreis der verschiedenen Fleischsorten sich hier am Ort um 15—40 pCt. höher stellt, als die Berliner Marktberichte angeben, und wie dort thatsächlich im Detailverkauf bezahlt wird.

Dieses Resultat verbreitete sich nun mit Hilfe der Hausfrauen, die ja hauptsächlich dabei interessiert waren, schnell unter die ganze Stadtbevölkerung, so daß eine in dieser Sache einberufene Versammlung den Beschluß faßte, daß für eine so große Preisdifferenz schlechterdings keine befriedigende Erklärung zu

finden war, nur da Fleischwaaren zu entnehmen, wo dieselben zu Berliner Marktpreisen verkauft werden.

Nach wählte die Versammlung eine Kommission, welche mit den hiesigen Schlächtern unterhandeln sollte.

Die letzteren jedoch beachteten den Versammlungsbeschluß nicht, weigerten sich vielmehr, mit der Kommission in irgend welche Verhandlungen einzutreten und erklärten in den Zeitungen, nicht, billiger verkaufen zu können, da sie nur erste Qualität fuhren.

Das Bild änderte sich jedoch bald, als ein Berliner Schlächtermeister mit der Kommission in Verbindung trat, Verkaufsstellen in den verschiedenen Stadttheilen errichtete und dort das Fleisch zu Berliner Preisen abließ.

Infolge dieses Vorgehens standen nun die zahlreichen Schlächterläden so gut wie leer, und der Siege der Arbeiter war entschieden, als jetzt die Schlächter ihre Preise herabsetzten, zum Theil noch unter die Berliner Preise.

Anfangs erfreute sich die Bewegung der vollen Gunst und Unterstützung der Kartellparteien, war doch hier eine wunderbare Gelegenheit geboten, allen Gegnern der Lebensmittel-Hölle einen kräftigen Hieb zu versetzen und zu beweisen, daß nicht Kornzölle und Vieheinfuhr-Verbot, sondern der Zwischenhandel die Schuld an den gegenwärtigen hohen Stand der Preise für die nothwendigsten Lebensmittel trägt.

Als aber die Arbeiter, berauscht durch den schnellen und leichten Sieg in den letzten Versammlungen auch andere Nebelstände zur Sprache brachten, und schließlich ein Antrag bezugs Gründung von Arbeiter-Bezirksvereinen lebhaft begrüßt und angenommen wurde; ja als sogar kommunale und andere öffentliche Zustände seitens der bisher so launfrohkommen Arbeiter scharf kritisiert wurden, da schlug die bisherige Sympathie der genannten Herren in das Gegenteil um. Und sie sollen nachher unter sich bedeutlich lange Gesichter gezogen haben.

Nun es geht ihnen hier wie dem Zauberlehrling: Die Geister, die er rief, er konnte sie nicht bannen.

Was sie bisher mit so schönem Erfolge verhindert hatten, das Nachdenken der Arbeiter über die Ursachen ihres Glucks, ihrer Noth, die selbständige Betheiligung derselben an öffentlichen Angelegenheiten, die Beschäftigung und Vertiefung in die brennenden Fragen der Jetztzeit; sie haben es, wenn auch unbeabsichtigt, jetzt selbst herbeigeführt.

Das Erwachen der Arbeiter aus ihrer Beihargie ist wohl das beste Resultat der ganzen Bewegung und berechtigt für die Zukunft zu den größten Hoffnungen für die Sache des arbeitenden Volkes in unserer guten Stadt. Die Parteigenossen hier werden nach Kräften dahin streben, daß diese Hoffnungen in Erfüllung gehen.

Hamburg. Der Vorsitzende der Vereinsbäckerei theilte in der kürzlich fortgesetzten Generalversammlung mit, daß das Proviantamt des IX. Armeekorps in Wandsbek mit dem Vorstand Unterhandlungen, betr. Abschluß eines Kontraktes, geführt, dem zufolge die Vereinsbäckerei im Falle einer Mobilmachung die Lieferung von etwa 33 000 Broden übernehmen sollte. Weil der Vertrag nur für den Fall eines Krieges einen gewinnbringenden Umsatz in Aussicht stellte, da in Friedenszeiten das Brot in den Militärbäckereien hergestellt wird, so hat der Aufsichtsrath den Abschluß desselben von einem zustimmenden Beschluß der Generalversammlung abhängig gemacht. Ein solcher ist überflüssig geworden, da inzwischen die betreffenden Verhandlungen abgebrochen sind.

Dresden. Der Redakteur der „Sächs. Arbeiterztg.“, Dr. G. Grabnauer, war wegen Beleidigung des Herausgebers des „Reisner Tageblattes“, Buchdruckereibesitzer Klinkert, und des Redakteurs derselben Zeitung, Dr. Winter, vor einigen Wochen vom hiesigen Schöffengericht zu 150 M. Geldstrafe verurteilt worden. Dagegen legte derselbe Verurteilung ein und wurde diese Sache am Sonnabend vom Landgericht von Neuem behandelt. Der Gerichtshof hob das Urtheil des Schöffengerichts auf und minderte die Strafe auf 80 M., weil nur die eine Beleidigung des Dr. Winter erwiesen sei; Klinkert wurde mit seiner Klage abgewiesen und zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt; auch die in der ersten Instanz den Klägern zuerkannte Verurteilung auf Kosten des Beklagten das Urtheil in dem „Reisner Tageblatt“ zu veröffentlichen, wurde aufgehoben.

Eine Parteikonferenz für die Wahlkreise Anhalt 1. und 2., Gardelegen-Salzwedel, Jerichow 1. und 2., Magdeburg, Stendal-Osterburg, Wanzleben und Wolmirstedt-Neuhaldensleben soll in den Osterfeiertagen in Magdeburg stattfinden. Als vorläufige Tagesordnung sind folgende Punkte vorgeschlagen: 1. Die Agitation auf dem Lande. 2. Regelung derselben, eventuell Wahl einer Agitations-Kommission. 3. Die Presse.

Frankfurt a. M., 2. März. Unserer Bourgeoisie ist bekanntlich die ganze immerdar wachsende Reserve-Armee der kapitalistischen Produktionsform, die abwechselnd hungern und stehlen, frieren und in der Hitze verschmachtend, sich auf den Landstraßen umhertrieb, nichts als eine Kette verstockter Bösewichter, die nur die Anlust zur Arbeit aus den geordneten Verhältnissen heraus-treibt. Zahllose Leute, die freilich niemals sich des Abends zur Ruhe legten, ohne geflüstert zu haben, und deshalb keine klare Vorstellung von dem Begriff Hunger haben, sind nicht von dem Köhlerglauben abzubringen, daß die Landstreicher sich sehr wohl fühlen, viel wohler als jene, die jahraus jahrein die Würde der Arbeit tragen. Wären diese Satten und Zufriedenen in ihrer Auffassung zu erschüttern, so wäre nachstehender Vorfall geeignet, ihren Wahn von dem wohnigen Gefühl der Lagabenden zu erschüttern. Am 20. Februar — also zu einer Zeit, wo noch bittere Kälte herrschte — gerieth unweit einer nach der Stadt führenden Landstraße ein Streuhäusen in Brand. Die durch den Feuerchein angelockten Menschen fanden in der Nähe des Hauses einen Mann wimmernd vor Schmerz auf dem Boden liegen. Es stellte sich heraus, daß der Unglückliche, dem die Fehlen Fleisch geradezu geröstet vom Leibe hingen, in dem Streuhäusen Zuflucht vor der Kälte gesucht hatte und im Schlaf von dem Feuer überrascht worden war. Der Mann starb einige Tage darauf im Spital unter eisigen Schmerzen. Vorgestern wurde der Aschenhaufen genauer untersucht, wobei sich eine geschmolzene Masse vorfand, welche die Ueberreste mehrerer, mindestens von drei Menschen bildete; 40—50 Knochen wurden außerdem noch vorgefunden. Wie viele Menschen hier Obdach gesucht und einen grauenvollen Tod gefunden haben, dürfte wohl nie festzustellen sein. Es waren eben Obdachlose, Leute die arbeiten wollen, die Niemand vermehrt.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnement-Gattung beizufügen. Brieflich Antwort wird nicht ertheilt.

H. J. 2. Natürlich liefert die Armen-direktion zu den auf ihre Kosten veranstalteten Beerdigungen auch einen, wenn auch schmucklosen Sarg.

M. 2000. 1. Wenn die Geschwister Jengen dafür haben, daß die Tante ihnen das Geld zu gleichen Theilen geschenkt hat, so haben die Beschenkten keine Anfechtung Seitens der Erben zu fürchten, falls 6 Monate seit der Schenkung verstrichen sind. 2. Der Bruder möge jedem seiner Geschwister einen Brief schreiben, in welchem er den Sachverhalt wiedergibt und sich verpflichtet, den auf jeden entfallenden Antheil zu einer gewissen Zeit oder nach dreimonatlicher Kündigung zu zahlen.

G. 2. 100. Ihre Frau wird die Interventionsklage mit Erfolg nur bezüglich derjenigen Gegenstände führen können, welche sie nachweislich schon vor ihrer Verheirathung besessen und Ihnca in die Ehe gebracht hat.

Theater.

Mittwoch, den 4. März!
Opernhaus. Der Sturm.
Schauspielhaus. Das goldene Blies.
Kessing-Theater. Die Ehre.
Berliner Theater. Rean.
Deutsches Theater. Des Meeres und der Liebe Wellen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Vogelhändler.
Wallner-Theater. Mit Delvett.
Residenz-Theater. Der selbige Loupinel.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Pelleas-Oper-Theater. Savant, Minard u. Co.
Ostend-Theater. Heinrich Heine. Vorher: Der Präsident.
Thomas-Theater. Der Registrator auf Reisen.
Adolph-Ernst-Theater. Adam und Eva.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: C. Adress, Alexanderstraße 27a.
 Fräulein Liri Armani, schwedische Chansonette.
Umberto Bozza, Produktionen auf dem Violine.
 Fräulein Lilli Nora, deutsche Kostüm-Soubrette.
 Die berühmte **Borza-Truppe,** Parterre-Altkobaten.
 Dr. **Paul Jülich,** Gesangshumorist.
Kathi und Pepi Wolter, Gesangs-Duetten.
Ballet-Gesellschaft Menzi, 6 Pers. Anfangs Wochentags 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion J. Hödmann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Ausgang von Bahnhofs-Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Gratweil'sche Bierhallen Kommandantenstr. 77-79.

Täglich:
Grosses Concert mit Quartett-Gängern, ausgeführt von dem Musik-Direktor G. Sanfleben.
 Wochentags: **Frei-Concert.** Sonntags Entrée 20 Pf.
 Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 708 F. Sadtke.

Passage-Panopticum.

Unter d. Linden 22/23.
Knabe mit 2 Köpfen.
Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.
 11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165.
 Neu:
Azteken.
 Prof. Dr. R. Koch im Laboratorium.
 Gedöfn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Berl. Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.

Täglich:
Alt-Berlin auf d. Bock.
 Humoristisch-historischer Rückblick zur Feier der

Bock-Saison 1891,

verbunden mit gr. Militär-Konzert.
 Anfang:
 Wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
 Berl. Original-Bockbier in Flaschen, direkt von der Brauerei, 20 Flaschen für 3 M. Pfand frei.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren.

eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn, Brunnenstraße 28, Hof parterre.
 Teilzahlung nach Uebereinkunft.

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Wer.
 Mittwoch, den 4. März:
 Abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala- u. Fest-Vorstellung unter persönlicher Mitwirkung des Direktors.

Zum 100. Male!

Hundert ausverkaufte Häuser!
Circus unter Wasser

Sensationelle Wasserpantomime. Die Marionetten

oder:
 Täuschungen in ein. Damen-Pensionat.
 Ferner:
Prämien-Ronkurven-Springen zwischen 16 der besten Parterre-Springer der Gesellschaft, sowie der zwei besten Clowns der Welt **Tanti und Olschansky.**
 Morgen: Große Vorstellung. **Die Marionetten.**
 Zirkus unter Wasser.

Mein Weiß- u. Bair.-Bierlokal

Kleine Kur-Strasse 10, steht meinen werthen Genossen zur Verfügung.
Restaurant von J. Jezierski, 708b
 Stallschreiber-Str. 26.

Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräthe

E. Vogtherr, Berlin O., Landsbergerstr. 64, am Alexanderpl. **Stephanstr. 16 (Moabit).** 1891.
 Sonntags geschlossen.

Geschäftshaus S. Heine.

Chausseestraße 14
 Die schönsten

Kinder-Kleider

für Mädchen jeden Alters, sowie **Morgensröcke, Unterröcke, Tritottailen u. Blonsen**
 auch im Einzelverkauf sehr billig!
 Maasbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!

Chausseestraße 14

Geschäftshaus S. Heine.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren.

empfehlen
H. Strelow, Rixdorf, Berlinerstr. 40, am Denkmal.

Mur 1 Mark

kostet jede Uhr zu reinigen unter Garantie. Bei allen Reparaturen wird der Preis vorher gesagt.
 Lager aller Arten Uhren.
 Ketten, Ringe etc.

Otto Eleser,

Uhrmacher (Fachmann), Mannstr. 15, Ecke Mariannenstr.

Küchenmöbel

werden eichenartig angestrichen von **Fr. Karas,** Mantelstr. 115, vorn 4 Treppen.

Kinderwagen.

Das gr. Lager Berlins **Andreasstr. 23, G.P.**

Butter-Handlung

von **Bernh. Müller,** Neue Poststraße 1

ff. Tischbutter

1 Pfund 1 Mk.
 ff. Bratenbutter 55 Pf.
 Prima Sardellen Pfd. 80 Pf.
 Frische Eier billigst.

Ullersdorfer Sahnenkäse

Stück 20 Pf. (weich und gelb).
Thüringer Kümmeltäje 3 Stück 25 Pf.

Durch die Geburt eines kräftigen Knaben wurden hochsehrnt Schlichtermeister **Martin und Frau, Wienerstr. 24.**

Ein dreimal donnerndes Hoch zum heutigen Wiegensfest, daß die ganze Seefe wackelt, senden wir unserem Kollegen **Eduard Nitsche,** Ede, las Dir nicht lumpen und wenn Du sollst bei Frigen eine Lonne pumpen. 758b

Theilnehmenden Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein Mann, der Schneider 772b

Ferdinand Ohnesorge,

am 2. März, Nachm. 2 1/2 Uhr, nach langem, schweren Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, Nachm. 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Lehrterstr. 44, aus statt.

Achtung!

Tailen-Schneider!
 Die Tailen-Arbeiter von der Firma **Oppenheimer & Comp.** sind im Auslande. 749b

Achtung!

Klavierarbeiter und verwandte Berufsgenossen!
 In der Pianoforte-Fabrik von **Mah & Co.** haben die Arbeiter wegen Lohnreduzierung die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fern zu halten.

Achtung!

Die Kommission.
 NB.: Sammelisten können jeden Abend bei Winger, Naumannstr. 78; bei J. Meyer, Andreasstraße 12, und bei dem Beitragsammler für den Norden **W. Neumann, Adlerstr. 183, 2. Hof,** im Keller, empfangen und abgegeben werden.

Klub Emanzipation.

Mittwoch, den 4. März, Abends 9 Uhr, im Lokal v. Wagner, Neue Königstr. 89.
Versammlung. 209/1
 Tagesordnung: Vortrag. Diskussion. Verschiedenes. Fragelasten. Gäste willkommen. Der Vorsitzende: **O. Goldberg.**

Theaterklub „Helmerding“

wünscht Damen u. Frn. (Genoss.) als Mitglieder. Adr. an Zepmölz, Lindenstr. 9.

Achtung!

Vergolder!
 Die Vertrauensmänner und Kollegen, welche noch im Besitze von Billets vom Stiftungsfest sind, werden ersucht, umgehend abzurechnen. 328/6
 J. A.: W. Sprenger, Friedrichsfelderstr. 20.

Photographie-Atelier

Berlin **Gustav Stuk** Hamburg
 Landsberger-Strasse 82.
 Spezialität: 12 Bist., Brust- oder Kabinetbild, zusammen 4,50 M.
 In hochfeiner Ausföhr. u. Haltbarkeit.

Nothab A. Goldschmidt,

Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl. Garantiert scharf brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Nothabale sind am Lager. A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Lacker'schen Markt. 746

Jede Uhr

zu repariren und zu reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur **1 M. 50 Pf.** (außer Bruch), kleine Reparaturen billiger. Lager aller Arten neuer und gebrauchter Uhren. Verkauf zu erstaunlich billigen Preisen. 42 L. **E. Rothert & Stolz,** Uhrmacher, Andreasstr. 62, Chausseestr. 78, Alte Schönhanferstr. 25.

Cohn's Hofenfabrik!

Pallfadenstr. 7. Größte Ausw. im Detailverkauf Berlins! Aus Restern gearbeitete einzelne Hofen in allen Größen. Knaben-Hofen v. 1 M., Männerhofen v. 1,50 M. u. Knaben-Anzüge v. 2 M. an. Burschen- u. Einfingungs-Anzüge, eleg. scheid, spottbillig! Die 18. Hofe gratis. Bei mir gekaufte Rester werden umsonst zugeschnitten. 210L.

V. Krause,

Schönenstr. 46/47, empfiehlt seinen edl. **Bohnhofen Bierauschank,** 4/10 Liter 10 Pf., 30 Flaschen 3 M.; auch ist ein kleines Vereinszimmer zu vergeb. 760b

Ich warne hiermit ein für alle mal meinen Sohn, **Julius Lukas,** auf seinen oder meinen Namen etwas zu borgen, da ich für Nichts auskomme. **Jul. Lukas,** Tischlermeister, Friedrichsberg.

Zur allgemeinen Beachtung!

Im Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt Berlin SW., Beuthstraße 3, erscheint:
Zur diesjährigen Maifeier
 Ende April ein hübsch ausgestattetes Festblatt unter dem Titel:
„Arbeiter-Maifeier“.

Dasselbe enthält außer entsprechendem Texte in Poesie und Prosa unter Anderem das

Programm der Maifeier,

ferner die überall zur allgemeinen Abstimmung vom **Partei-Vorstand** vorgeschlagene **Resolution,** sowie eine Anzahl Liedertexte.

Das Festblatt ist also geeignet, für die diesjährige Maifeier als eine Art **Festzettel** über ganz Deutschland hin Verwendung zu finden.

Bei der zu erwartenden hohen Auflage erbitten wir die Bestellungen ungehäumt an uns gelangen zu lassen, damit wir im Stande sind, die Besteller rechtzeitig in den Besitz der nötigen Exemplare setzen zu können.

Für Bestellungen, die nach dem **10. April** ausgegeben werden, können wir **keine Garantie** der Lieferung übernehmen.

In **Partiebezügen** rechnen wir pro 100 Exemplare **4 M.,** bei Entnahme von mindestens 1000 Exemplaren **30 M.,** pro Mille. Fracht zu Lasten der Besteller.

Achtung! Vergolder. Achtung!

Große öffentliche Versammlung d. Vergolder, Vergolderinnen u. Berufsgen.

am **Donnerstag, den 5. März cr.,** Abends 8 Uhr, in **A. Schneider's Saal,** Belfortstr. 15.
 Tages-Ordnung:

1. Bericht des Streik-Komitees.
2. Abrechnung von der Gewerkschafts-Konferenz.
3. Verschiedenes.

328/5

Große öffentliche Versammlung der Maler

und verwandten Berufsgenossen Berlins und Umgegend am **Donnerstag, den 5. d.,** Ab. 8 Uhr, in **Reyer's Lokal,** Alte Jakobstr. 88.
 Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Bauhandwerker-Konferenz und Stellungnahme zu der Resolution. Refer.: **Koll. Jos. Hohlwagler.**
2. Stellungnahme zur Maifeier. Referent: **Koll. W. Schweitzer.**
3. Verschiedenes. — In recht zahlreichem Besuch fordert auf **Der Vertrauensmann.**

771b

Grosse Versammlung des Vereins der Militär- u. Lieferungs-Schneider

am **Donnerstag, den 5. März, Abends 8 1/2 Uhr,** in den **Arminhallen,** Kommandantenstr. 20.
 Tages-Ordnung:

1. Prüfung der Fachschüler.
2. Verschiedenes und Fragelasten.

Da es die erste Prüfung der Fachschüler ist, so bitten wir die Kollegen recht zahlreich zu erscheinen. Diejenigen Kollegen, welche den Kursus mitmachen wollen, können sich daselbst melden. **Der Vorstand.**

NB. Diejenigen Kollegen, welche noch im Besitze von Billets sind vom 28. Januar (Stiftungsfest), werden ersucht, abzurechnen.

Große öffentliche Versammlung der Tischler,

die Branchen **Parquetbodenleger, Einsetzer, Anschläger und Bautischler** sind insbesondere eingeladen.
 am **Mittwoch, den 4. März cr., Abends 8 1/2 Uhr,** im **Lokale des Herrn Jöhl,** Andreasstr. 21.
 Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu der auf der Bau-Arbeiter-Konferenz gestellten Resolution. Ref.: **Regierungs-Baummeister a. D. Kessler-Berlin.**
2. Diskussion.
3. Bericht der Delegirten der Berl. Streik-Kontrollkommission.
4. Verschiedenes.

Ein jeder Kollege wird gebeten, wegen der hochwichtigen Tagesordnung in dieser Versammlung zu erscheinen. **Der Einberufer: R. Millarg.**

Achtung! Steinmehnen!

Grosse öffentl. Versammlung am **Mittwoch, den 4. März cr.,** Abends 8 Uhr, im **Lokale des Herrn Müller,** Johannisstr. 20.

1. Tagesordnung u. Refer. wird in der Versammlung bekannt gemacht.
2. Stellungnahme zur Bau-Gewerkschafts-Konferenz.
3. Gewerkschaftliches.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht **Der Einberufer.** 288/3

Gauverein Berliner Bildhauer.

Das **Vereinslokal** befindet sich jetzt **Prinzenstr. 87.**
 Die **Stellenvermittlung** findet von heute, **Mittwoch,** ab alle Abende von **8-9 Uhr** daselbst statt. Der Eingang zu derselben befindet sich in der hinteren rechten Ecke des Gartens. Die **Bibliothek** ist am **Sonabend, den 7. März cr.,** geöffnet und von da ab wieder alle **Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.** Der Eingang ist derselbe wie zur Stellenvermittlung. 116/3

Billets zur Matinée, welche am **2. Osterfesttag** stattfindet, sind zu haben beim **Koll. Kühling,** Oranienstr. 204, 3 Tr., und **Dienstag** und **Sonabend** im Vereinslokal.

Überall bacterienfrei

verlange man **Tobias** flüssige **Eshof-lade** & Flasche **Fabrik Berlin O., Blumenstrasse No. 70.**
 5 Lt. 15 Pf. Preisverf. 7 b Nr. 610.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

79. Sitzung vom 3. März, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: von Boetticher, von Kallenberg, Vogel von Falckenstein.

Die zweite Beratung des Militäretats wird fortgesetzt: Extraordinarium. Ref. Abg. Hahn.

Die einmaligen Ausgaben im ordentlichen und außerordentlichen Etat betragen nach dem Voranschlag 71 303 510 M. Die Forderung von 3 355 298 M. zur Beschaffung von Patronen für das neue Gewehr, Bedarf für 1891-92, und zu den Kosten des Bedarfs an Manöver-Kartouchen für 1891 ist nur unerheblich ermäßigt auf Antrag der Kommission in das Ordinarium übernommen und gestern bereits bewilligt worden. Im Uebrigen belausen sich die Abstriche der Kommission auf etwa 3 665 000 M. Die geforderten besonderen Zulagen, die Forderung von 162 800 M. für die Erneuerung des Oberbaues der Militär-Eisenbahnen, Vermehrung der Betriebsmittel und Beschaffung von Werkzeugmaschinen, die geforderten Kosten für den Neubau von Maschinengebäuden werden ohne Debatte bewilligt, desgleichen die zweite Rate zum Neubau einer Konservenfabrik in Spandau und zum Bau und zur Ausstattung des Besoldungsamts für das 17. Armee-Korps in Danzig. Unter den Forderungen für neue Kasernen und sonstige Garnisonbauten befindet sich ein Titel: Neubau einer Kaserne nebst Zubehör in der Ausstattungsergänzung für ein Garde-Feldartillerie-Regiment in Potsdam. Der für dieses Regiment geplante Neubau war für Berlin geplant und die erste Rate schon 1887-88 bewilligt worden. Der Bau soll nunmehr in Potsdam erfolgen, da militärische Interessen die Verlegung eines Garde-Feldartillerie-Regiments nach dort bedingen.

Abg. Ruge (Dfr.) führt bei diesem Titel Klage über die Schwierigkeiten, welche die militärische Verwaltung den Kommunalbehörden Potsdams in den Weg lege. Namentlich bei den Verhandlungen über den Neubau der Kaserne des ersten Garde-Infanterie-Regiments sei dies in sehr unangenehmer Weise hervor getreten. Redner bittet den Kriegsminister um Abhilfe.

Bundeskommissar Oberst Erffling stellt in Abrede, daß die Militärverwaltung sich in unzulässiger Weise in die kommunalen Angelegenheiten Potsdams einmische. Zu ihren Maßnahmen sei sie im militärischen oder öffentlichen Interesse vorübergehend gezwungen gewesen.

Die Forderung von 70 000 M. als erste Bauprate zum Umbau eines Kommandanturgebäudes in der Feste Boyen wird auf Antrag der Kommission ohne Debatte gestrichen.

Die Forderung von 600 000 M. zum Neubau und zur Ausstattungsergänzung von Kasernen für die Schießschulen der Feld- und Fußartillerie auf dem Artillerie-Schießplatz bei Jüterbog, zweite Rate (erste Bauprate), beantragt die Kommission ebenfalls zu streichen; die Abg. v. Frege und v. Maffow beantragen die Bewilligung von 400 000 M.

Der Referent bemerkt, daß der Kommission die super-residirenden Voranschläge nicht vorgelegen haben; dieselben seien inangeführt fertiggestellt und hätten den erwähnten Antrag veranlaßt.

Abg. v. Maffow (Df.): Der Bau einer Kaserne sei um so dringlicher, als die Entfernung des Schießplatzes von der Stadt Jüterbog 5 Kilometer betrage und es sich als unhaltbar erweise, die Truppe, welche einen so schweren Dienst zu versehen habe, noch länger in der Stadt zu belassen.

Die Abg. Frege und Hinge treten den Ausführungen des Antragstellers bei.

Nachdem noch Oberst Erffling auf die besondere Dringlichkeit des Neubaus der Mannschafts-Kasernen, Ställe und Wege-Anlagen, für welche der Antrag die Mittel bewilligen will, und darauf hingewiesen hat, daß bezüglich aller übrigen beabsichtigten Bauten der Reichstag freie Hand behalte, werden 400 000 Mark bewilligt.

Zum Neubau und zur Ausstattungsergänzung einer Kaserne nebst Zubehör für die zwei Kompagnien Infanterie und zum Neubau eines Wohngebäudes für die Verheiratheten von zwei Bataillonen in Magdeburg werden statt 300 000 Mark für Projektbearbeitungen und zum Baubeginn nur 60 000 M. für den Entwurf bewilligt.

Für den Entwurf eines Kasernenbaues in Glogau für die

Bedienungsmannschaften einer fahrenden Abtheilung Feldartillerie werden 5000 M. gefordert.

Abg. Sperlich beantragt die Streichung dieser Forderung, deren Bewilligung der Reichstag nicht verantworten könne. Die Verhältnisse hätten sich vollständig geändert. Die Forderung werde mit der Nothwendigkeit der Verlegung von zwei Kompagnien Artillerie von Glogau nach Glogau motiviert. Die Verlegung der betreffenden Abtheilung von Glogau, um das Fußartillerie-Regiment Nr. 6 in Glogau zu vereinigen, sei doch wohl aus diesen Gründen allein nicht geboten, zumal dem früheren Kasernenmangel in Glogau jetzt abgeholfen sei.

Oberst Erffling: Es handelt sich hier nicht um Glogau, sondern um Glogau. Die Verwaltung will für die Bedienungsmannschaften einer fahrenden Abtheilung eine Kaserne errichten, und die Brücken-Kaserne, in welcher bis jetzt diese Mannschaften untergebracht sind, soll den beiden herausziehenden Kompagnien überwiesen werden. Für die Verlegung der letzteren sind ganz zwingende Gründe maßgebend, die auf dem Gebiete der Mobilmachung liegen und hier nicht näher erörtert werden können. Die Kasernen in Glogau sind zur weiteren Benutzung nicht wohl mehr verwendbar.

Abg. Sperlich ist durch diese Gegenüberstellungen nicht davon überzeugt, daß sein Antrag unbegründet sei und regiert die Zurückweisung des Titels an die Kommission an.

Abg. v. Kardorff tritt für die Glogauforderung ein, da der Kaiser das Recht zum Dislociren habe, ohne daß der Reichstag dazwischen trete.

Abg. Hinge bezeugt dagegen aus eigener Anschauung, daß die Unterbringung der beiden Kompagnien auf dem Schäferberge in Glogau, in den sogenannten venetianischen Kasernen eine sehr gute ist. Jedenfalls sei die militärische Nothwendigkeit der Verlegung noch nicht nachgewiesen. Sollte der Antrag Sperlich beanstandet werden, so empfehle sich um so mehr die nochmalige Beratung des Postens in der Budgetkommission.

Generalmajor v. Fand: Die Verlegung eines Truppenheils gehört zu den seltensten Ausnahmen, zumal bei der Artillerie. Die besonderen Gründe, welche in diesem Falle obwalten, sind in Fortfall gekommen durch die Verminderung der Bedeutung der Festung Glogau, mit welcher eine Erhöhung der Bedeutung der Festung Glogau Hand in Hand gegangen ist. Die Vereinerung des Regiments muß stattfinden.

Nachdem Abg. Sperlich und Oberst Erffling nochmals zu kurzen Bemerkungen das Wort genommen, erklärt

Abg. Scipio, daß die Nationalliberalen durch die erfolgten Klärungen befriedigt, nach dem Antrage der Kommission die kleine Summe bewilligen werden. Eine Zurückweisung an die Kommission habe in diesem Stadium wenig Werth; im nächsten Jahre werde dazu bessere Gelegenheit und mehr Material vorhanden sein.

Der Antrag Sperlich wird gegen die Stimmen der anwesenden Freisinnigen, Sozialdemokraten, Zentrumsmitglieder und Polen abgelehnt, der Titel unverändert angenommen.

Gestrichen wird nach dem Antrag der Budgetkommission trotz der Verantwortung der Position durch Oberst Erffling die Forderung von 59 000 M. zum Neubau eines Bureaugebäudes für das General-Kommando des 8. Armee-Korps in Koblenz.

Für eine Infanteriekaserne in Bremen werden statt der geforderten ersten Bauprate von 400 000 M. nur 10 000 M. für den Entwurf bewilligt; als dritte Rate für eine Kavalleriekaserne in Braunschweig statt 676 000 M. nur 645 000 M.

Für Grunderwerb und Entwurf zum Neubau einer Infanteriekaserne in Osna-brück sind 35 000 M. gefordert. Das Haus bewilligt nach dem Antrage der Kommission nur 30 000 M.

Bewilligt werden ohne Debatte u. A. die geforderten Raten für Kasernenbauten in Gnesen, Glogau, Posen, Breslau, Altona, Harenburg, Neudorf, Hannover, Hildesheim.

Zum Bau eines Kommandantur- und Divisionskommando-Dienstgebäudes in Graudenz werden für Grunderwerb und Entwurf 18 000 M. gefordert.

Die Kommission hat die Summe nicht beanstandet, will aber die Zweckbestimmung des Titels auf ein Kommandantur-Gebäude beschränken.

Nachdem Oberst Erffling für das dringende Bedürfnis der Unterbringung des Divisionskommandeurs in einem eigenen

regelmäßige und zweckentsprechende Reinigung gesorgt werde. Dasselbe ließe sich wohl für Fabriken, Werkstätten und dergleichen Arbeitsräume mit demselben Rechte erzwingen, wie andere Maßregeln zum Schutze der Arbeiter.

Regelmäßige, feuchte Reinigung der Räume ist vorzunehmen. Jedes trockene Auskehren erhöht die Gefahren. Diese Maßregeln durchzuführen, wird in vielen öffentlichen Gebäuden keine Schwierigkeiten haben, so in Gerichten, Bahnhöfen, Postämtern, in Kasernen, Waisenhäusern, in Werk- und Armenhäusern und in Gefängnissen. Ebenso wird wohl in Krankenhäusern strenge Durchführung dieser Maßregel auf keine Schwierigkeiten stoßen. In den Eisenbahnwagen könnten ähnliche Einrichtungen für Zustände vorgesehen werden.

Am meisten Widerstand wird sich von Seiten der Schule geltend machen. Mit Auswurf behaftete Kinder sollen besondere Plätze in der Nähe der Spucknapfe bekommen oder das Weiter-sich Spucknapfen benutzen, sonst ausgeschlossen werden. Ganz besonders müssen schwindsüchtige Lehrer selbst zur Beobachtung dieser Maßregeln angehalten werden.

Das gilt auch für Pensionate, Krippen und Kleinkinder-Bewahranstalten. Wünschenswerth wäre es auch für Gasthäuser, Wirtschaften, Theater. Ferner werden beauftragt: öffentliche zweckentsprechende Desinfektionsanstalten, Desinfektion von Wäsche und Wohnung verlorener Tuberkulöser, auch von Zeit zu Zeit der Wohnung Tuberkulöser, Ausschluß Schwindsüchtiger von Krankenspiele und Hebammenberuf. Ferner wird hingewiesen auf die Gefahr des Lebensmittel-Verkaufes durch Schwindsüchtige. Straßenreinigung darf nur feucht geschehen, Straßenbesprengung muß reichlicher werden.

Ein weiterer Abschnitt von der Verbreitung der Tuberkulose durch Thiere darf um so mehr hier Übergang werden, als Heller selbst sagt, daß in Preußen z. B. geltende Verfahren scheinbar vorläufig das richtige.

In den Schlussätzen wird unter Anderem verlangt:

1. Anzeige- und Desinfektionspflicht bei Sterbefällen tuberkulöser Menschen.
2. Vorkehrungen zur Beseitigung des Auswurfes in allen öffentlichen und soweit möglich privaten, dem Menschen-verkehr dienenden Gebäuden und Einrichtungen, besonders Schulen, Verkehrsanstalten, Krankenhäusern und Gefängnissen.

Die von Gov. Czylensky gestellte Frage, ob die Heller'schen Vorschläge den Anordnungen der Medizinal-Verwaltung zu Grunde gelegt werden können, müssen wir im Allgemeinen vollkommen bejahen. Die sämmtlichen von

Dienstgebäude wegen des Mangels an geeigneten Mietshäusern in Graudenz eingetreten ist, wird die Position nach dem Kommissionsantrage bewilligt.

Ohne Debatte bewilligt werden die geforderten Raten für Militärkaserne u. A. in Inowrazlaw, Bromberg, Stroschitz, Gleiwitz.

Gestrichen wird nach dem Antrage der Kommission die Forderung einer letzten Rate von 150 000 M. für das Traindepot in Danzig, ebenso die Forderung von 500 000 M. zum Grunderwerb für ein Dienstgebäude der Artillerie-Prüfungskommission in Berlin, endlich die Forderung einer letzten Rate von 147 000 M. für eine Fachwerk-Kaserne für eine Kompagnie Infanterie in Mek.

Die extraordinären Forderungen im ordentlichen Etat für Sachsen und Württemberg werden ohne Debatte bewilligt.

Im außerordentlichen Etat werden statt 800 000 M. zum Entwurf und zum Baubeginn für die Erweiterung der Artilleriekaserne zur Aufnahme der Etatverpflichtung der Feldartillerie in Stettin nur 600 000 M. zum Entwurf bewilligt, von der zweiten Rate von 45 000 M. für eine Artilleriekaserne in Marienwerder 25 000 M. abgesetzt und nur 20 000 M. bewilligt. Von der Forderung von 10 Millionen zu Beschaffungen für artilleristische Zwecke und zur Herstellung der erforderlichen Aufbewahrungsorte wird eine Million abgesetzt. Endlich werden statt der geforderten 1 000 000 Mark als zweite Rate für eine Kavalleriekaserne in Saarburg 900 000 Mark bewilligt, der Rest des außerordentlichen Etats nach dem Etatentwurf genehmigt, desgleichen die Einnahmen des preussischen Reichs-Militärkontingents, das Extra-Ordinarium und die Einnahmen des sächsischen und württembergischen Etats, endlich die bayerischen Quoten.

Damit ist die zweite Beratung des Militäretats erledigt.

Schluß 2 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr. (Etat der Reichs-eisenbahnen, Reichs-Eisenbahnamt.)

Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung vom 3. März, 11 Uhr.

Am Ministerische: Riquel, Herrfurth und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Einkommensteuer-Gesetzentwurfs.

In der Generaldiskussion erhält zunächst das Wort gegen die Vorlage

Abg. v. Meyer-Arndwalde („Wid.-konservativ“): Redner erklärt sich im Allgemeinen mit der Vorlage einverstanden. Die Zusammenfassung der Einschätzungskommissionen und die Einsetzung des Oberverwaltungs-Gerichts als obersten Steuer-Gerichtshof seien Verbesserungen der Kommissionsvorlage. Dagegen würde sich eine Beseitigung der §§ 82 bis 84 der Vorlage (Verwendungs-Bestimmungen) empfehlen.

Abg. v. Jagow (Konf.) erklärt die Bereitwilligkeit, im Ganzen für das Gesetz zu stimmen, wenn nicht etwa in dritter Lesung Bestimmungen angenommen werden, die das ganze Gesetz unannehmbar machen. Die Vorlage sei eine geeignete Unterlage und ein erster Schritt für eine spätere schrittweise Reform der gesamten direkten Steuern. Die konservativ Partei wird einige Änderungen beantragen, namentlich über die Besteuerung der Agenturen, über den Veranlagungsmodus und über die Besteuerung der juristischen Personen. Am besten wäre es, die Verwendungsbestimmungen durch eine ganz kurze Bestimmung zu ersetzen, daß die Steuern angefallen und weiterer gesetzlicher Bestimmung vorbehalten bleiben. Nach unserer Ansicht enthalten die Wahlbestimmungen der Vorlage nur Verfassungsänderungen.

Abg. v. Gzariński (Pol.) wird mit seinen Freunden gegen das ganze Gesetz stimmen. Zu diesem Entschlusse würde die Zusammenfassung der Einschätzungskommissionen allein schon genügen. Die Verhältnisse in den polnischen Landestheilen, deren Bevölkerung fortgesetzt mit Ausnahmegefahren behandelt wird, liegen derart, daß man zu diesen Kommissionen kein Vertrauen haben kann.

Abg. Dr. Guericke (nall.) wird mit seinen Freunden für die dritte Lesung die Erleichterung der mittleren Einkommen von neuem beantragen, damit das Gesetz eine seiner größten Härten verliere. Von Wichtigkeit halten wir die Bestimmung zu Gunsten

Heller gemachten Vorschläge sind, wenn auch nicht in gleichem Maße, des Versuches der Ausführung werth. Nachdem lassen sich der Sache noch einige andere Gesichtspunkte abgewinnen.

I. 1. Man soll die Schwindsüchtigen dazu bringen, ihren Auswurf in für sie selbst und Andere ungefährlicher Weise zu beseitigen. Aber man muß, wie dies bei den neueren Verhandlungen über diesen Gegenstand oft hervorgehoben wurde, Alles vermeiden, was diesen Unglücklichen das Gefühl verursacht, gerichtet, gemieden, ausgestoßen zu sein. Alles, was man den Tuberkulösen an Beschränkung in der freien Entleerung ihres Auswurfes und sonst auferlegt, wird der Stachel genommen, wenn man die Gelegenheit, geheilt zu werden, in größerer Ausdehnung, als bisher, bietet. Die Heilungsmöglichkeit besteht, wenigstens für frühe Zeit der Krankheit; aber dem Armen stehen, wenn er Hilfe und Pflege sucht, nur die allgemeinen Hospitäler zur Verfügung.

Man wird der Verbreitung der Tuberkulose wirksamer entgegenwirken, wenn man die Errichtung von besonderen Kranken-anstalten für arme Tuberkulöse befördert. Insbesondere ist zu wünschen, daß die gemischten Hospitäler der größeren Gemeinden und Gemeindegemeinde durch die Errichtung solcher Anstalten entlastet werden. Soweit solche gemischte Hospitäler noch Tuberkulöse aufnehmen, ist dafür Sorge zu tragen, daß die Tuberkulösen von den übrigen Kranken abgefordert werden. Jedemfalls haben diese Anstalten den Nachweis zu liefern, daß die Luft tuberkulobazillenfrei sei.

I. 2. Es steht zu hoffen, daß der ärztliche Stand sich der vielen Gelegenheiten mehr und mehr bewußt werde, die die neuere Entdeckung der Tuberkuloseleure für nützliche Thätigkeit des Hausarztes bietet. Dahin gehören schätzbare Erkennen des Leidens, so lange es leichter heilbar ist, Entfernung der Kranken aus der Familie, Abwaschen von Decken. Auch die Sorge für Unschädlichmachen und Beseitigen des Auswurfes gehört dahin.

I. 3. Weit mehr kann in letzterer Richtung geschehen durch die Krankenwärter. Jedem Krankenwärter von Beruf sollte eine Anweisung in die Hand gegeben werden, wie er mit ansteckenden Auscheidungen aus dem Körper Kranker zu verfahren habe, um sie unschädlich zu machen. Zu betonen wäre, daß die eigene Gesundheit des Wärters stark mit in Frage kommt.

II. 1. In Orten, wo unter vielen Anderen auch Schwindsüchtige verkehren, sollen unvorsichtig ausgefärbte Tuberkulobazillen unschädlich gemacht, der Auswurf unschädlich

Maßregeln zur Verhütung der Verbreitung der Schwindsucht.

Zusolge höheren Auftrages bringt der Polizeipräsident von Berlin ein Gutachten der königlichen wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen über Maßregeln zur Verhütung der Verbreitung der Schwindsucht (Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose) im Auszug wie folgt zur öffentlichen Kenntniss:

An alle betheiligten, privaten wie beamteten Personen, insbesondere an die Vorsteher von Anstalten, die Inhaber von Gast- und Speisewirtschaften, Vergnügungsalen (Theater, Konzerte, Tanz-Sälen etc.) richte ich zugleich das ergebene Ersuchen, daß Jeder in seinem Wirkungskreise im eigenen wie im Interesse des Gemeinwohlens die Durchführung der in diesem Gutachten empfohlenen Maßregeln an seinem Theile fördern und unterstützen wolle, um die verheerendste aller Volkskrankheiten nach Möglichkeit einzufrieden.

Das Gutachten der wissenschaftlichen Deputation, vom 5. November 1890 datirt, lautet:

Die Heller'schen Maßregeln stützen sich hauptsächlich auf die Ergebnisse der Untersuchungen von Cornet.

Aus diesen lassen sich folgende Hauptsätze entnehmen:

1. Tuberkelbazillen sind nicht allenthalben verbreitet (ubiquitär), sie fehlen sogar in einem Drittel der von Tuberkulösen bewohnten Räume;
2. Sie werden hauptsächlich verbreitet durch den Auswurf der Tuberkulösen;
3. und zwar vorwiegend durch den getrocknet zerhäuteten Auswurf;
4. Die gewöhnlichen Desinfektionsmaßregeln sind zu diesem Zwecke größtentheils unzureichend.

Die einschlägigen Sätze des Heller'schen Referats lauten:

Es handelt sich einmal darum, die Schwindsüchtigen dahin zu bringen, ihren Auswurf in für sie selbst und Andere ungefährlicher Weise zu beseitigen, zweitens an solchen Orten, an welchen viele Menschen und darunter auch Schwindsüchtige verkehren, solche Maßregeln zu treffen, daß unvorsichtig ausgefärbte Tuberkelbazillen unschädlich gemacht werden.

Die unschädliche Beseitigung des Auswurfes ist dadurch zu erzielen, daß in allen öffentlichen Gebäuden, wie es bereits in vielen der Fall ist, in reichlicher Weise für die Benutzung der verkehrten Menschen Spucknapfe aufgestellt und für deren

der Lebensversicherungsgesellschaften, die zu streichen leider von den Konservalven beantragt werden soll. Was die Kommunalsteuer anbelangt, so ist eine Realsteuer in keiner Weise ungerichtet, vielmehr auch in vielen Fällen unentbehrlich. Die Vorlage hat nicht bloß ihre Bedeutung als Grundlage für weitere Reformen, sondern sie ist auch ein in sich abgeschlossenes Ganzes, denn sie gründet das Steuerwesen in Preußen auch wieder auf der unerschütterlichen Grundlage der Gerechtigkeit.

Abg. Richter (Dr.): Der Schluss des Vorredners war ja rhetorisch sehr schön, aber meist nur auf Hoffnungen für die Zukunft und auf unbedingtes Vertrauen zur Regierung gegründet, und diese Hoffnungen sind schon oft bitter getäuscht worden. Die Ueberweisung an die Kommunen nimmt dem Gesetz von vornherein den Charakter der Steuerentlastung. Die Besteuerung der Gesellschaften und juristischen Personen läßt sich wirtschaftlich nicht rechtfertigen. Der Minister scheint geglaubt zu haben, man müsse das Geld nehmen, wo man es findet. Auch für die unteren Klassen wird die Steuerentlastung wenig bedeuten, sie werden mittelst der Steuerschraube bald zu dem vollen Betrage der bisherigen Steuer herangezogen werden. Das Fehlen der Entlastung ist um so ungerechter, als man die Frage der Steuerbefreiung der Reichsunmittelbaren ungelöst gelassen hat. Nicht einmal die geringe Erleichterung des unfindlichen Einkommens, die von dem Abgeordneten Brömel beantragt war, hat das Haus angenommen. Durch die Bestimmung, daß der Landrat Vorsitzender der Einschätzungskommissionen bleibt, hat man diesem Beamten seinen Kreisangehörigen gegenüber eine Macht beigelegt, wie sie kein Fürst seinen Untertanen gegenüber besitzt. Indessen was helfen alle derartige Betrachtungen, die herrschende Steuerbewilligungssucht will ihr Opfer haben. Mögen die Verantwortlichen für dies Gesetz diejenigen vor dem Lande tragen, die für das Gesetz stimmen.

Abg. Frhr. v. Jeditz (Hr.): Die schwerste Verantwortung trifft denjenigen, der das Zustandekommen der Vorlage verhindern könnte. (Sehr richtig! recht.) Wir haben von dem Vorredner auch heute nichts weiter gehört, als die leere Negation. (Sehr wahr!) Die Vorlage verfolgt überall die Ziele ausgleichender Gerechtigkeit und wir können und wollen die Verantwortlichkeit für dieses Gesetz gern tragen. Das vollendete Mißtrauen, das der Vorredner gegen die Landräthe hat, theile ich nicht; ich bin überzeugt, daß der preussische Landrat überall, ohne Ansehen der Parteien, seine Schuldigkeit thut. (Bravo!) Wir werden dem Gesetz zustimmen, wenn nicht unannehmbare Veränderungen in die Vorlage neu aufgenommen werden.

Abg. Richter (Dr.): In Steuerfragen kann man sich mit volltönenden Reden nicht abfinden. Der Vorredner hat dann den Ton nachgeahmt, den wir neulich im Reichstage gehört haben; die Behauptung der oben Negation ist nicht neu; die „Kreuzzeitung“ hat das schon viel besser gesagt. Herr von Jeditz hat also nicht einmal das Verdienst der Originalität. Früher hat sich Herr v. Jeditz sogar für die Quotierung ausgesprochen, heute erblickt er darin eine Beeinträchtigung der Kronrechte. Man weiß auf das Herrenhaus; ja weiß man denn überhaupt, was das Herrenhaus beschließen wird? Es gehen Gerüchte, daß dieses Haus einige kräftige Striche an dem Gesetz vornehmen wird. Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß dies ganze Gesetz nur auf die Erzielung von Ueberschüssen berechnet ist. Unter diesen Umständen ist es um so weniger verzeihlich, daß man für die Verwendung nicht sofort klare und deutliche Bestimmungen haben will. Diesen Grund hat auch Herr von Camphausen anerkannt, indem er hier vor dem Hause erklärte, er werde sich bei der Krone bemühen, um dort die Zustimmung für ein Verwendungsgesetz zu erlangen. In gleicher Weise hat sich Hübner als Finanzminister bereit erklärt, für die Mehrbewilligung von Steuern Bestimmungen zu treffen und mit uns zu vereinbaren und da sagt der Herr Minister, eine solche Bestimmung sei von der Regierung nie zugelegt! So lange wir keine Verwendungsgesetzbestimmungen haben, bewilligen wir keine Mehreinnahmen, die der Minister in den Kassen legt und uns dann einfach sagt: ich habe das Geld; bewilligt ist die von mir vorgeschlagene Verwendung nicht, so behalte ich es! Auch der Minister des Innern, Herr Hirsch, hat als Unterstaatssekretär ausdrücklich darauf hingewiesen, wie schädlich es wirken würde, wenn die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer überwießen würde. Alles ist geschehen, um das Gesetz soviel wie möglich zu verschlechtern. Das Gesetz wird sehr viel unangenehme Enttäuschungen bringen. Der Grund und Boden wird erleichtert; der Kapitalbesitz bedeutend belastet. Wir gehören ja nicht zur konservativen Mehrheit; besorgen Sie nur Ihre Geschäfte allein; wir wollen damit nichts zu thun haben; die Herrlichkeit der Agrarier kann ohnehin nicht lange dauern. (Heiterkeit rechts.)

Minister Dr. Miquel: Es ist eine besondere Methode des Abg. Richter aus Reden, die zu andern Zeiten, zu andern Zwecken und unter andern Umständen gehalten sind, Bruchstücke herauszunehmen. Wenn das wiederholt und ausführlich geschieht, so ist es doch geistlos und unfruchtbar. (Sehr richtig!) Ich kann dem Vorredner, dem Abg. Richter vom Jahre 1891, den Abg. Richter vom Jahre 1878 entgegenhalten. Damals verwahrte sich Herr Richter als Referent der Kommission sehr ausdrücklich gegen die Unterstellung, als ob er die Quotierung anstreben wolle. Ich habe auch heute aus den Reden der Abgg. Richter und Richter kein positives Programm entnehmen können. Wenn die Herren behaupten, das neue Gesetz bringe 30 Millionen mehr, so ist das die deutlichste Anerkennung von der Unhalt-

barkeit der bisherigen Zustände. Diese Vorlage bezweckt, die Einkommensteuer zu einer gerechten Steuer zu machen, indem sie Wahrheit und Gerechtigkeit zur Grundlage der Veranlagung macht. Früher forderte Herr Richter selbst die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer, heute hält er dies für ein Schlagwort. Der Gesetzentwurf wendet sich an die Ehrliehen und ersucht die Unerblichen; sie ist einfach eine Forderung der Gerechtigkeit und ich denke, mit diesem Programm kann jede Partei in die Wahlen treten. (Sehr richtig!) Für das Reformprogramm ist eine feste Mehrheit erforderlich und ich freue mich, daß dieselbe in diesem hohen Hause vorhanden ist. Die Reform kann nicht auf halbem Wege stehen bleiben; jeder Landtag und jede Regierung muß dieselbe fortsetzen. Deshalb konnte Herr v. Jeditz mit Recht sagen, er übernehme die Verantwortung für den Fortgang dieser Reform und es kann jede Partei die Verantwortung übernehmen mit Ruhe und gutem Gewissen. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Gneist (natl.): Es giebt keinen unglücklicheren Zustand als den, der seine ganzen Ausgaben auf fixirte und quotifizierte Einnahmen festlegt. Thäten wir dies, so würden wir uns später bei nöthigen Mehreinnahmen nur durch eine anderweitige Veranlagung der Eisenbahneinnahmen helfen können; jedes Staatswesen bedarf bei seinen Einnahmen eines beweglichen Faktors und ein solcher beweglicher Faktor ist die Einkommensteuer.

Abg. Windthorst (Zentr.): Gewiß soll man nicht fremde Materien in dieses Gesetz hineintragen. Aber das Landtags- und Kommunal-Wahlrecht beruht auf den Steuern und es müssen daher die Maßregeln getroffen werden, welche sich aus der Reform der Steuer ergeben. Es wäre sehr angenehm gewesen, wenn der Vorredner aus dem reichen Schatze seines Wissens uns dargelegt hätte, wie das Wahlrecht anders als nach der Steuer passend geregelt werden könnte. Deshalb gehörte die Resolution Richter für das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht wohl zu diesem Gesetze. Das Zentrum hat sich auch für dessen Einführung für die Landtagswahlen ausgesprochen. Man sollte bei Zeit und mit Bedacht das thun, wozu man nachher gezwungen werden kann; die lange verweigerte Reform erzeugt die Revolution. Auch das Gemeinde-Wahlrecht wird durch die Vorlage verändert. Ich glaube, daß die Unhaltbarkeit des jetzigen Wahlrechts sich nach der Steuerreform noch viel eskalanter zeigen wird, so daß man über das Provisorium bald hinausgehen wird. Ich hätte eigentlich geglaubt, daß es heute nicht erforderlich wäre, heute noch Generaldebatte stattfinden zu lassen. Die Mehrzahl meiner Freunde wird auch in dritter Beratung bemüht sein, das Gesetz so zu gestalten, daß es annehmbar bleibt. Die Zustimmung zu dem Gesetz wird mir persönlich gar nicht leicht. Das Gesetz wird längere Zeit ein sehr großes Mißbehagen herbeiführen, bis es sich eingebürgert haben wird, sowohl wegen der Mehrbelastung durch die Steuer als wegen der Plakerei, welche das Gesetz mit sich bringt. Ist es denn möglich, so wie die Sache sich gestellt hat, der Vorlage ein absolutes Nein entgegenzusetzen? Seit Jahren ist über die Ungerechtigkeit der bestehenden Einschätzung geklagt worden; im Reichstage ist die Einführung einer Reichs-Einkommensteuer verlangt worden. Ich habe mir immer gedacht, wenn die Sache wirklich angeht, dann wird es langsam gehen. Herr Richter ist dabei in die Irre gerathen; es heißt jetzt: Immer langsam voran, immer langsam voran, damit der Fortschritt nachkommen kann. (Große Heiterkeit.) Nach dem ewigen Drängen nach gerechterer Veranlagung können wir nicht ungestraft zu einem Versuch der Regierung auf diesem Gebiete nein sagen; namentlich nicht, nachdem wir vorher die indirekten Steuern so erhöht haben, müssen wir die direkten Steuern in ein besseres Verhältnis zu den indirekten Steuern bringen. Ich hoffe, daß das Werk, das wir heute beginnen, vollständig zu Ende geführt wird. Die Ausführung konnte unterbleiben, wenn die Männer, welche dieses Werk begonnen haben, nicht mehr wären. Ich will das nicht hoffen, allein es will mir vorkommen, als wenn allerlei im Werke wäre, wo ihnen recht ernste Schwierigkeiten gemacht werden. Die andere Möglichkeit wäre, daß bei uns selbst Schwierigkeiten entstehen. Das will ich nicht hoffen. Ich vertraue der Macht der Idee, ich glaube, daß die Reform durchgeführt werden wird und muß. Das Programm der Zukunft ist noch nicht so klar gegeben, wie das Volk es verlangt. Der Finanzminister und die Kommission werden wohl das Ganze übersehen. (Zuruf Richter's: Garnicht!) Die Götter, die nicht in diesem Himmel waren, zu denen ich auch gehöre, können die Sache nicht so klar erkennen. Ich glaube aber, daß es dem Finanzminister schwer werden würde, nicht den wahren Weg zu wählen, deshalb können wir es riskiren! (Heiterkeit.) Die Quotierung wird nicht ausbleiben können; ich glaube am leichtesten würde die Frage durch die Initiative der Regierung gelöst werden. Aber wenn wir eine Steuerreform haben wollen, dann müssen wir uns in unseren Anforderungen beschränken. Dann müssen wir eine gewisse Ruhe gönnen, auch uns; denn man könne beinahe denken, es sei diesmal die Absicht gewesen, sämtliche Abgeordnete zu Tode zu hehen. (Heiterkeit.) Bei mir hat sich allerdings dieser Versuch als ein Versuch mit untauglichen Mitteln herausgestellt. (Heiterkeit.) Wir werden uns bei der weiteren Berathung sehr beschränken und eine Reihe von Wünschen unterdrücken, um nicht das Ganze ins Stocken zu bringen. Auch die Regierung sollte sich eine Beschränkung auferlegen. Es ist ja nicht nöthig, weil der Finanzminister

klaffen wird die Bedeutung des Spudnapfes schon größer sein. Ganz allgemein dürfte für Schulen anzuordnen sein:

1. daß Lehrer, wie Schüler zur Entleerung ihres Auswurfes im Schulgebäude sich nur der in geeigneter Beschaffenheit und genügender Zahl aufzustellenden Spudnapfe bedienen dürfen oder eines Detmolier'schen Pfäßchens.
2. daß in den Schulräumen Staub möglichst beseitigt, aber nur durch nasses Auswaschen entfernt werden darf.
3. daß älter hütende Schüler in Bezug auf 1. vom Lehrer besonders zu beachten sind.
4. daß drucktrauen Schülern das Wegbleiben von der Schule zum Zwecke längerer Kuren mit besonderer Bereitwilligkeit erleichtert und gestattet werde.

II. 5. Für Gasthäuser dürfte die Aufstellung von geeigneten Spudnapfen in den Wirtschaftsräumen zu verlangen sein, und die Desinfektion von Bettwäsche und Zimmern, die nachgewiesenermaßen längere Zeit im Gebrauche von Tuberkulösen standen, z. B. in denen Tuberkulöse starben, sollte vorgeschrieben werden. Für Kurorte, die viel von Tuberkulösen besucht werden, sollte die Aufstellung weitergehender Anforderungen an Gastwirthe und Zimmervermietther (Desinfektion am Schlusse jeder Saison) durch Ortsstatut oder ortspolizeiliche Verordnung angeregt und begünstigt werden.

II. 6. Die Eisenbahnen würden das Ziel der Verminderung der Tuberkulose fördern können durch Aufstellung von Spudnapfen geeigneter Art in Waggons, durch Beschränkung der Anwendung von Teppichen, Federbetten in den Waggons und dergleichen auf die kalte Zeit des Jahres, sowie durch nasses Auswaschen der Waggonsböden. Auch kann nicht unterlassen werden, darauf hinzuweisen, daß die glatten Stoffe, welche in manchen Waggons zum Verlegen der Sitze verwendet werden, weniger Staub festhalten, als die Wollstoffe, welche bei uns üblich sind. Von den Waggons sollen zum mindesten mit wasserhaltigen (vielleicht etwa unversäurtem) Spudnapfen ausgestattet werden: Schlafwaggons, Waggons für lange Fahrten (sogenannte direkte Waggons) und Waggons, die nach gewissen Kurorten hin den Verkehr vermitteln, z. B. nach Soden, Ems, Salzungen, Pippstange.

II. 7. Während tuberkulöser Gebammen die Ausübung dieses Berufes untersagt werden kann, muß man die Abwehr des vielen Unglücks, welches in Familien durch tuberkulöse Mütter, Kinderfrauen, Erzieherinnen gebracht wird, von der Fortschreiten-

Miquel etwas durchbringt, daß die anderen Minister auch etwas durchbringen müssen in diesem Jahre (Heiterkeit); jetzt kann es nicht mehr viel werden, denn das Frühjahr bricht glücklicherweise herein. (Heiterkeit.) Mögen die Freunde im Lande nicht aus den ersten Unbequemlichkeiten einen Schluß ziehen darauf, daß der neue Bau ein schlechter ist.

Damit schließt die Generaldebatte. Der Beginn der Spezialdebatte wird, da eine große Anzahl von Anträgen vorliegt, auf Antrag der Abg. Windthorst, Enneccerus und v. Jeditz bis Mittwoch 11 Uhr vertagt.
Schluß 3 Uhr.

Tokales!

Zum Koch'schen Heilverfahren. Professor v. Bergmann hat sich in der am vergangenen Sonnabend abgehaltenen klinischen Vorlesung, der letzten in diesem Semester, über das Koch'sche Heilverfahren durchaus nicht ungünstig geäußert. In einem Schlusswort an seine zahlreich versammelten Zuhörer und Schüler, von denen er in freundlicher Weise Abschied nahm, gedachte er, rückblickend auf das verfloßene Semester, auch jener großartigen Entdeckung, deren sie Alle Zeugen gewesen seien. Wenn das Koch'sche Heilmittel auch bei den übrigen chirurgischen Affektionen tuberkulöser Natur in der That keinen Erfolg habe, für den Tubus sei es von ganz unschätzbarem Werthe. Seiner Ansicht nach sei etwas Derartiges noch nicht dagewesen, was auch immer die Pharmakopöe an Heilmitteln gebracht habe und bringe.

Wie nachtheilig die Berliner Miethsverhältnisse für die Unterwelt junger, alleinlebender Mädchen wirken, darüber theilt uns ein Abonnent unseres Blattes folgendes mit: Eine Kouline meiner Frau, ein Mädchen von 17 Jahren, die nach Ausweis ihrer Papiere drei Jahre ununterbrochen in einer Fabrik thätig war, hat mich brieflich, sie doch aufzunehmen, und einige Zeit zu beherbergen, bis sie wieder Arbeit gefunden haben würde. Ich konnte dies dem alleinlebenden Mädchen als Verwandter nicht abschlagen; die Verwandte kam und ich schrieb die Anmeldungen, legte das Abgangsgeld bei und begab mich zu meinem Hauswirth, dem Besitzer des Hauses Neue-Johannis-23, und bat ihn, die Anmeldung zu unterschreiben; ich erhielt aber den Bescheid, daß ich an Damen nicht vermieten dürfte; meine Entgegnung, daß das junge Mädchen gar keinen Anspruch darauf mache, eine „Dame“ zu sein, blieb unbeantwortet, und ein noch mäßiger, am nächsten Tage unterkommener Versuch, meinen geringen Hauswirth milder zu stimmen, mißlang ebenfalls. Ich besorgte dann die Anmeldung ohne Unterschrift des Wirthes, habe aber nun schon die Ankündigung erhalten, daß der Wirth die Ermiffion beantragen will. — Das Interessante bei der Sache aber ist, daß der Wirth, ein Kartonnagenfabrikant, selbst Mädchen beschäftigt und auch Vater mehrerer Töchter ist, die sämmtlich ihrem Erwerbe nachgehen müssen. Man sollte also doch meinen, der Herr müsse sich in die Lage eines solchen Mädchens und ihrer Verwandten hineinbeugen können. Ich erlaube mir den Wirth auch noch darauf aufmerksam zu machen, daß er ja auch an Tamen vermietet.

Soweit die uns gekommene Mittheilung. Der Herr Wirth dürften übrigens mit der Ermiffionsklage in diesem Falle und aus diesem Anlaß kein Glück haben; es würde sich vielmehr fragen, ob er nicht wegen der ganz unberechtigten Weigerung, die polizeiliche Meldung zu unterschreiben, in Polizeistrafe genommen werden muß. Eine vorübergehende, also zum Besuch anwesende Verwandte ist keine Abmischerin, das ist vom Gericht bereits vielfach entschieden worden und giebt dem Vermieter nicht das Recht, auf Ermiffion zu klagen, wenn nicht etwa ein ganz besonders geliebter Kontrakt vorliegt, und das möchten wir doch bezweifeln. Unter den augenblicklichen Wohnungsverhältnissen könnte die Polizei ihre Schnelligkeit gerade in solchen Fällen einmal gegen die Wirths beweisen, indem sie wegen der ganz unbegründeten Weigerung, die Anmeldungen zu besorgen gegen derartige Berliner Hauswirths mit den zulässigen Polizeistrafen einschreitet.

Als ein Blümlein „Nähe“ mich nicht an“ scheint nunmehr behördlicherseits die neue Sozialgesetzgebung behandelt werden zu sollen. Gegen die Maurer Julius Bernau und Jozortz schweben gegenwärtig bei dem hiesigen Landgericht I Strafverfahren wegen Verurtheilungen, welche die Genannten in öffentlichen Versammlungen über die Sozialgesetzgebung gemacht haben sollen. Bernau ist beschuldigt, öffentlich eine Menschenmenge zum Ungehorsam gegen ein Gesetz aufgefordert zu haben und zwar soll er diese Handlung dadurch begangen haben, daß er in einer Maurer-Versammlung erklärt haben soll, die Arbeiter müssen die Sozialgesetzgebung ganz unbeachtet lassen und dürften sich um die Luittrungstorten garnicht kümmern. Der Maurer Jozortz hat ebenfalls in einer Maurer-Versammlung über die Sozialgesetzgebung gesprochen und soll dabei gesagt haben, das Gesetz wäre viel weniger für die Arbeiter als für die Beamten, denn es diene nur dazu, um ein großes Beamtenheer unterzubringen. In dieser Aeußerung hat die Strafbehörde eine Verächtlichmachung von Staatsanordnungen erblickt, indem Jozortz damit erbichtete Thatsachen öffentlich behauptet habe, wissend, daß sie erdichtet sind. — Die beiden Beschuldigten bestreiten

den Auffklärung des Publikums über diesen Punkt und von gewissenhaftem Rathe der Hausärzte erwarten.

In Pensionaten, Kleinkinder-Verwahranstalten, Krippen, dürfte der Ausschluß Tuberkulöser von der Ausübung der Kinderpflege durchzuführen sein.

II. 8. Von den übrigen in den Heller'schen Vorschlägen erwähnten Klassen sind noch besonders hervorzuheben:

Verkäufer von Rauchwaren: Während kaum bezweifelt werden kann, daß unter Umständen die Spudnapfentische eines Wägers und dergleichen in seinem Leben so verbreitet werden können, daß sie mit der Waare verkauft werden können, läßt sich doch vom Standpunkte der Behörden vorläufig kaum mehr verlangen, als größte Reinlichkeit in den Verkaufsstätten. Ferner Fabriken: Bei der großen Häufigkeit der Tuberkulose unter den Arbeitern gewisser Fabriken (Stahl, Stein, Baumwoll-, Tabak) muß die veränderte Auffassung — Staubinathmung ist nur Hülfsursache, Anstodung der Grund der Erkrankung — zu neuen und anderen Anstrengungen Veranlassung geben, um die Arbeiter zu schützen.

Man hat schon in der Tuberkulose der Arbeiter in Tabakfabriken eine Gefahr sehen wollen für die Raucher der Zigarren, die dort gemacht werden. Auch die Verbreitung der Tuberkulose in kleineren Fabriksstätten weit über die Arbeiterkreise hinaus zeigt, daß nicht nur Fabrikbesitzer und Arbeiter von dieser Angelegenheit berührt werden.

III. Die Anschaffung von Desinfektionsapparaten durch Gemeinden, Verbände, Heilanstalten ist möglichst zu empfehlen und zu fördern. Sie dient ja noch vielerlei anderen guten Zwecken, namentlich wird sie zur Desinfektion der Wäsche, Kleider, des Bettzeuges von Tuberkulösen nützlich sein.

In Heilanstalten sollte die Desinfektion obiger Hinterlassenschaft eines Tuberkulösen vorgeschrieben sein, im Uebrigen sollte sie auf dem Wege der Belehrung (durch Ärzte, Geistliche, Standsbeamte, Reichenschaer) zu beantragen sein. Auf gleichem Wege läßt sich dahin wirken, zeitweise gründliche Reinigung der Wohnung Tuberkulöser zu erlangen.

Auch das Verlangen der Straßenreinigung unter reichlicher Wasserbenutzung erscheint jeder möglichen behördlichen Unterstützung würdig.

Sämmtliche Zeitungsredaktionen werden mit Rücksicht auf die Bedeutung der Sache für das Volkwohl ergeblich ersucht, diese Bekanntmachung möglichst zu verbreiten.

beefigt, nämlich reichlich gut zu reinigende Spudnapfe aufgestellt werden. Hier entsteht die Frage, in welcher Form und aus welchem Stoffe die Spudnapfe gemacht sein sollen. Sie sollen flach und groß sein, damit nicht leicht daneben gespuet wird. Lehteres soll nicht durch Standausbiegung, sondern durch die Größe des Gefäßes erzielt werden. Je nach dem besonderen Zwecke dürfen Durchmesser von etwa 15, 20, 25 Zentimeter (Untertasse, Desfekteller, Suppenteller) zu verwenden sein, flacher Boden, bis zu 5 Zentimeter Höhe, etwas nach außen abweichender Rand, glatte Flächen, keine Kanten. Zwar gestattet Metall gründlichste Reinigung durch Erhitzen, wird jedoch leicht rüßig und rauh, auch Porzellan bekommt leicht kleine raube Bruchflächen. Aus dicke Glas läßt sich, sobald einmal der Bedarf groß wird, billig und zweckentsprechend das Gefäß herstellen, sicher auch so, daß es siedendes Wasser ausbleibt. Der Spudnapf ist foweit, daß leichtes Verschütten vermieden wird, mit Wasser zu füllen. Die verschiedentlich (z. B. bei der Verhandlung in München) aufgeworfene Frage, ob der Inhalt des Speibeckens zu desinfizieren sei vor dem Ausgießen, möchten wir verneinen. Chemische Mittel berühren die Wände des Auswurfes nur von außen, bewirken dort Gerinnung der Eiweißstoffe und bringen nicht weiter ein. Kochen wäre sicher, aber kaum zu erzielen. Somit bleibt nur Ausgießen in die Abfuhrrohre oder Tonnen, wo der Auswurf feucht und deshalb unschädlich bleibt.

II. 2. Am nothwendigsten ist diese Vorkehrung in Kasernen, Krankenhäusern und Gefängnissen. Für Kasernen wird sie ohnehin schon eingeführt. Hier noch wie früher, dürfte auf abwaschbare Wände, glatte Fußböden u. s. w. zu bringen, trockenes Abwaschen zu verbieten sein.

II. 3. Was die Gefängnisse anbelangt, so sind schon in Bangen Versuche vorgeschlagen worden, dahin gehend, ein Gefängniß vollständig zu reinigen, darin strengste Reinlichkeit zu beobachten und zu sehen, ob sich dadurch die Häufigkeit der Tuberkulose mindern läßt zc. zc.

II. 4. Für die Schulen sind die Erkrankungen der Lehrer von größerer Bedeutung, als die der Schüler, wenigstens foweit es sich um jüngere Kinder handelt. Sympthriden der Brust und das Gehirn erkranken bei Kindern häufiger als die Lunge an Tuberkulose, zudem sind Kinder im Auswüthen nicht geübt und verschlucken den Auswurf. In den oberen, namentlich Knaben-

den Auffklärung des Publikums über diesen Punkt und von gewissenhaftem Rathe der Hausärzte erwarten.

In Pensionaten, Kleinkinder-Verwahranstalten, Krippen, dürfte der Ausschluß Tuberkulöser von der Ausübung der Kinderpflege durchzuführen sein.

II. 8. Von den übrigen in den Heller'schen Vorschlägen erwähnten Klassen sind noch besonders hervorzuheben:

Verkäufer von Rauchwaren: Während kaum bezweifelt werden kann, daß unter Umständen die Spudnapfentische eines Wägers und dergleichen in seinem Leben so verbreitet werden können, daß sie mit der Waare verkauft werden können, läßt sich doch vom Standpunkte der Behörden vorläufig kaum mehr verlangen, als größte Reinlichkeit in den Verkaufsstätten. Ferner Fabriken: Bei der großen Häufigkeit der Tuberkulose unter den Arbeitern gewisser Fabriken (Stahl, Stein, Baumwoll-, Tabak) muß die veränderte Auffassung — Staubinathmung ist nur Hülfsursache, Anstodung der Grund der Erkrankung — zu neuen und anderen Anstrengungen Veranlassung geben, um die Arbeiter zu schützen.

Man hat schon in der Tuberkulose der Arbeiter in Tabakfabriken eine Gefahr sehen wollen für die Raucher der Zigarren, die dort gemacht werden. Auch die Verbreitung der Tuberkulose in kleineren Fabriksstätten weit über die Arbeiterkreise hinaus zeigt, daß nicht nur Fabrikbesitzer und Arbeiter von dieser Angelegenheit berührt werden.

III. Die Anschaffung von Desinfektionsapparaten durch Gemeinden, Verbände, Heilanstalten ist möglichst zu empfehlen und zu fördern. Sie dient ja noch vielerlei anderen guten Zwecken, namentlich wird sie zur Desinfektion der Wäsche, Kleider, des Bettzeuges von Tuberkulösen nützlich sein.

In Heilanstalten sollte die Desinfektion obiger Hinterlassenschaft eines Tuberkulösen vorgeschrieben sein, im Uebrigen sollte sie auf dem Wege der Belehrung (durch Ärzte, Geistliche, Standsbeamte, Reichenschaer) zu beantragen sein. Auf gleichem Wege läßt sich dahin wirken, zeitweise gründliche Reinigung der Wohnung Tuberkulöser zu erlangen.

Auch das Verlangen der Straßenreinigung unter reichlicher Wasserbenutzung erscheint jeder möglichen behördlichen Unterstützung würdig.

Sämmtliche Zeitungsredaktionen werden mit Rücksicht auf die Bedeutung der Sache für das Volkwohl ergeblich ersucht, diese Bekanntmachung möglichst zu verbreiten.

II. 2. Am nothwendigsten ist diese Vorkehrung in Kasernen, Krankenhäusern und Gefängnissen. Für Kasernen wird sie ohnehin schon eingeführt. Hier noch wie früher, dürfte auf abwaschbare Wände, glatte Fußböden u. s. w. zu bringen, trockenes Abwaschen zu verbieten sein.

II. 3. Was die Gefängnisse anbelangt, so sind schon in Bangen Versuche vorgeschlagen worden, dahin gehend, ein Gefängniß vollständig zu reinigen, darin strengste Reinlichkeit zu beobachten und zu sehen, ob sich dadurch die Häufigkeit der Tuberkulose mindern läßt zc. zc.

II. 4. Für die Schulen sind die Erkrankungen der Lehrer von größerer Bedeutung, als die der Schüler, wenigstens foweit es sich um jüngere Kinder handelt. Sympthriden der Brust und das Gehirn erkranken bei Kindern häufiger als die Lunge an Tuberkulose, zudem sind Kinder im Auswüthen nicht geübt und verschlucken den Auswurf. In den oberen, namentlich Knaben-

den Auffklärung des Publikums über diesen Punkt und von gewissenhaftem Rathe der Hausärzte erwarten.

natürlich die ihnen zur Last gelegten Aeußerungen in dieser Form; sie wollen nur ähnliche Worte, aber in einem durchaus anderen Zusammenhang und in einem ganz anderen Sinne gebraucht haben. Das Vorkommen beweist aber genügend, wie vorzüglich man bei der Kritik der neuen Sozialgesetzgebung sein muß. Die ganze neue Sozialgesetzgebung ist ja allerdings des weitgehendsten Strafschutzes sehr bedürftig, das geben wir gern zu; aber durch diesen Strafschutz, selbst wenn er noch so viele strafgerichtliche Beurteilungen im Gefolge hätte, was wir nach den uns gemachten Mittheilungen im vorliegenden Falle noch nicht einmal fürchten, würde die ganze Sozialgesetzgebung noch nicht um einen Deut besser und gewinnender in den Augen aufklärter und selbst denkender Arbeiter auch nicht das Geringste an ihrem Ansehen.

Das Beschneiden der Bäume wird leider auch in diesem Jahre in viel zu geringem Umfange, sowohl an den Straßenbäumen, wie den Alleebäumen des Thiergartens ausgeführt. Wo es stattfindet, geschieht es aber auch in ganz ungenügender Weise. Die Bäume werden etwas ausgeleitet, das ist Alles, und wachsen dieselben ohne jede Form fast wild weiter. In Reihen stehende Bäume sollen und müssen aber, so lange sie jung genug sind, stets in Form gehalten werden, was einfach dadurch geschieht, daß man zunächst die alten Zweige scharf auf gleiche Länge zurückschneidet, und dies jährlich bei den neuen Trieben wiederholt. Auch zu tief stehende Zweige müssen zeitig entfernt werden. Besonders aber soll stets nur eine Spitze hochgezogen und gleichzeitig hochgehende Triebe zurückgeschritten werden. Nur so ergibt man schöne Bäume und zugleich äppiges Wachstum wie auch große Blätter. Statt dessen stehen alle Bäume verwildert da, einzelne Zweige ragen oft meterlang über die Form hinaus und neue Triebe an ungehöriger Stelle werden nie entfernt. Nur neue angepflanzte Bäume zeigen sich jetzt im richtigen Schnitt. Auch eine tüchtige Durchforstung des Thiergartens wäre dringend nöthig, besonders die Entfernung vieler Kiefern, die dem jungen Nachwuchs Licht und Luft rauben und manchen schönen Baum verdrängen lassen. Die in den Wegen stehenden einzelnen Bäume sollten unter allen Umständen beseitigt werden.

Im Postmuseum befindet sich in Raum 15, welcher der Geschichte der Telegraphie gewidmet ist, und in welchem die meisten Systeme von der optischen Telegraphie bis zu den elektromagnetischen Feigerelegraphen, den Lippendruckapparaten, der Gruppe der Doppelschreiber und jener der automatischen Apparate vorgeführt wird, an der südlichen Wand zwischen den beiden Fenstern ein ziemlich einfaches Modell, aus welchem mit gebührendem Respekt hinzuschauen alle Ursache vorhanden ist, denn es ist jenes des ältesten Morse-Apparates vom Jahre 1835. Hiemlich bekannt dürfte sein, daß Morse, von Berni Water, auf der Rückkehr von Europa nach America auf dem Dampfer durch die Berichte eines Passagiers über elektro-magnetische Versuche in Paris deirt geistelt wurde, daß er beschloß, sich ebenfalls auf diesem Gebiete zu versuchen. In New-York angekommen, sagte er die Idee, die elektrische Kraft für telegraphische Leitungen zu verwenden. Schon im Jahre 1835 hatte er das Modell dieses ältesten Morse-Apparates, welches im Postmuseum zu sehen ist, fertig gestellt. Ueber einen gleichmäßig fortbewegten Papierstreifen ist ein hölzernes Pendel so aufgehängt, daß ein an seinem unteren Ende befestigter Schreibstift oder ein mit Farbe gefüllter Pinsel mit dem Papierstreifen in steter Berührung bleibt und auf denselben eine gerade Linie zieht, so lange das Pendel in seiner Ruhelage bleibt. Ein mit dem auf der entfernten Station befindlichen Geben in Verbindung stehender Elektromagnet zieht bei stattfindender Stromsendung einen am Pendel befestigten Anker an und lenkt so das Pendel in einer gegen die Bewegung des Papiers senkrechten Richtung ab: es wird infolge dessen die vom Schreibtisch gezogene geradlinige Marke unterbrochen und eine je nach der Zeit und Dauer der Schließung verschiedene Bifurkation hervorgerufen. Auf diesen Apparat erhielt Morse im Jahre 1837 ein amerikanisches Patent. Im Jahre 1843 führte er dann mit Hilfe der amerikanischen Regierung die erste Versuchslinie zwischen Washington und Baltimore aus, und zwar wurde auf derselben am 27. Mai 1844 die erste Depesche befördert. Neben diesem Modell des ältesten Morse-Apparates befindet sich aber im Postmuseum noch ein zweites vom Jahre 1848, welches von dem Mechaniker D. Vallant in Washington genau nach dem Original gefertigt ist. Dieses neue Modell ist ein erheblich verbessertes System, und nach ihm sind die unter der Bezeichnung „Morse-Schreiber“ und „Farschreiber“ bekannten Apparate, von welchem sich im Postmuseum eine stattliche Sammlung befindet, gefertigt. Neben jenem Modell vom Jahre 1848 liegt eine Bescheinigung der U. S. Patent Office aus, laut deren Dr. Samuel F. B. Morse am 11. April 1848 ein Patent auf den Apparat erhielt, daß dieses Patent am 13. Juni 1848 erneuert und am 17. April 1860 verlängert wurde. Es mag nicht unerwähnt bleiben, daß am 27. April d. J. 100 Jahre seit der Geburt Morse's, des Schöpfers der modernen Telegraphie, verfloßen sind.

Wie dringend notwendig es ist, auch die kleinsten Wunden nicht unbeachtet zu lassen, zeigt das traurige Geschick eines Schlächtergesellen, welches die „D. H.-Ztg.“ erzählt. Derselbe hatte sich beim Schuerm, wozu er sich einer Schauerbürste bediente, mit der scharfen Spitze einer der Indialagen in die Hand gestochen; ohne auf die kaum nennenswerthe Verletzung zu achten oder die kleine Wunde zu verbinden, arbeitete er weiter. Nach einigen Tagen mußte er Aufnahme in ein Krankenhaus nachsuchen. Nach monatelangem Krankenlager und nachdem ihm aus dem Daumen mehrere in Eiter übergegangene Knochen entfernt und der Arm durch wiederholt operative Eingriffe zerschritten worden, ist die Hand vollständig kräftlos und wird anscheinend ganz verrotten. Der Bedauerndwerthe wird voraussichtlich dauernd erwerbsunfähig werden.

Im Fall Cassenburg. Der wegen des an der Frau Cassenburg verübten Mordversuchs in Untersuchungshaft befindliche Bäcker Philipp Abels hatte sich sowohl bei der Ausföhrung dieses Verbrechens, als auch bei den Versuchen in den 55 Geschäften, wo er in gleicher Weise vorzugehen beabsichtigte, eines Helfers bedient. Diesen glaubt nun die Kriminalpolizei in dem vor einigen Tagen verhafteten Arbeiter Ackermann ermittelt zu haben. Durch die Aussage der Frau Cassenburg, daß der Thäter eine ungewöhnliche Sachkenntniß in Bezug auf Herstellung und Preise von Seifen entwickelt habe, wurde die Behörde zu der Vermuthung geleitet, es müsse derselbe entweder ein Fachmann sein oder aber einem solchen nahestehen. Dem entsprechend forschte man nun in den Bekanntenkreisen von Abels nach einer solchen Persönlichkeit und fand gar bald, daß Ackermann, welcher mit ihm auf besonders freundschaftlichem Fuße steht, ein gelernter Seifensieder ist, aber seinem früheren Gewerbe entsagt hat. Auf die Wahrscheinlichkeit, daß Ackermann mit Abels gemeinsame Sache gemacht hat, deutet noch ein zweiter Punkt, welcher in der ganzen Untersuchung eine hervorragende Rolle spielt. Der Fischermeister Ciffert hatte mit großer Bestimmtheit behauptet, daß der vermuthliche Thäter, den er längere Zeit vor dem Geschäftslokale Oranienstraße 33 beobachtete, ein Mal aus der linken Wange trage. Bei Abels war ein solcher Fleck nicht vorhanden, so daß man an zuhändiger Stelle der Ansicht Raum gab, es müsse durch den merkwürdig hervorsteckenden Nackenknochen ein Schatten auf die Wange geworfen worden sein, den der Junge trübsüchlich für ein Mal hielt. In dieser Meinung wurde die Behörde bekanntlich durch die Photographien Abels bekräftigt, welche thatsächlich einen Schatten auf der linken Wade wahrnehmen lassen. Ackermann trägt dagegen wirklich ein Mal im Gesicht, wenn auch nicht an der linken, so doch an der rechten Seite unmittelbar unter der Schläfe, und es ist wohl möglich, daß Ciffert sich in Bezug auf die Gesichtshälfte geirrt haben kann. Am Sonnabend wurde der Frau Cassenburg Ackermann im

Untersuchungsgefängniß vorgeführt; sie vermochte diesen jedoch ebenso wenig mit Sicherheit als den Thäter zu bezeichnen wie den Abels. Beide leugnen auch die That beim die Theilnahme an derselben. Der Untersuchungsrichter verspricht sich nun, wie Frau Cassenburg einer hiesigen Korrespondenz mitgetheilt, einen Erfolg davon, die beiden Angeklagten an den Thätort führen zu lassen und mit ihnen daselbst den Ueberfall nach den Belunbungen der Frau Cassenburg in Szene zu setzen, er glaubt dadurch den Erinnerungen der Ueberfallenen wirksam nachzuhelfen.

Ein heftiger Zusammenstoß zweier Pferdebahnwagen fand, wie ein Berichterstatter meldet, vor einigen Tagen am Königsdthor statt. Als gegen 10 Uhr zwei vollbesetzte Tramways der Linie Wollenmarkt—Weidensee und der Ringbahn in der Richtung nach dem Rosenhaler Thor das Königsdthor passirten, fuhr der Weidensee-Wagen mit solcher Gewalt an den Hinterrerron der Ringbahntramway an, daß beide Gefährte aus den Gleisen geschleudert und stark beschädigt wurden. Die Perronpassagiere vermochten sich noch im letzten Augenblick durch Abspringen zu retten, während die Innenpassagiere beider Wagen von den Eigen geschleudert wurden, ohne sich jedoch Verletzungen zuzuziehen.

Ein schreckliches Ende hat die Frau des Schlächtermeisters Schwarz, Teltoverstr. 14, welche erst 31 Jahre alt und Mutter dreier Kinder, deren ältestes, ein Mädchen, 12 Jahre zählt, ist, am Sonnabend genommen. Die junge Frau litt an hochgradiger Gehirnüberkühlung und hatte einen so unglücklichen Nervenzustand, daß sie auf ärztliche Anordnung einem Pensionat für Nervenleidende in Jöhndorf überwiesen worden war. Hier besserte sich das Allgemeinbefinden der jungen Frau, weshalb das Gehirnleiden sich nicht in feinen zerfallenden und entstellenden Fortgange anhalten ließ. Letzteres wußte Frau Sch. Als nun eine andere Dame jenes Pensionats dem Tode durch Entkräftung erlag, zog sich Frau Sch. sehr betrübt in ihr Zimmer zurück, schelbar am sich zur Nachtruhe zu begeben. Um 7¹/₂ Uhr Abends, wo eine Dienerin in das Zimmer von Frau Sch. trat, fand sie dieselbe auf den Knien ruhend, am Zimmerfenster erhängt vor. Frau Sch. hatte ein Stück Sophaschnur vom Sopha getrennt und sich mittelst dieser am unteren Fensterwinkel getödtet. Alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Ein entsetzlicher Fund wurde am Sonnabend, Abends 8 Uhr, auf der Eisenbahn-Strasse unweit Ruhleben gemacht. Neben den Schienen lag, in mehrere Stücke zertheilt, die Leiche eines gut gekleideten jungen Mädchens. Die von den Hädern eines Eisenbahn-Zuges getrennten Körpertheile wurden aufgehoben und in einem Tragelorde nach der Leichenhalle des Vergebnißplatzes an der Potsdamer Chaussee geschafft. Die Verstorbene ist am Tage mehrmals in Herrendbegleitung in der Stadt gesehen worden. Sie hat allem Anschein nach den Tod selbst gesucht. Die Identität ist noch nicht festgestellt. Legitimationspapiere wurden bei der Leiche nicht vorgefunden. Die Todte war etwa 20 Jahre alt.

Ein niedergeschossener Einbrecher. Vor einigen Tagen ging einem hiesigen Abendblatt zufolge, der hiesigen Kriminalpolizei die Mittheilung zu, daß ein Einbruch in die Wohnung des Kaufmanns und Eigenthümers Arnheim, Fischerbrücke 23, parterre, versucht werden würde. Man postirte daher in der Wohnung des Verdächtigen, welcher allein steht und in der Mittagszeit die Räumlichkeiten zu verlassen pflegt, einen Kriminalschutzmann. Gekoren Mittag gelang es nun, die Einbrecher bei der Arbeit zu überraschen; dieselben brangen vom Hausflur aus in die Wohnung, deren hintere Thür sie mittelst Dietrichs geräuschlos öffneten. Beim Betreten der Küche harrte ihrer ein unerwarteter Empfang: sie sahen sich plötzlich einem kräftigen Manne gegenüber, der sie energisch aufforderte, sich zu ergeben. Als die Einbrecher auch nur eine Sekunde zögerten, hatte der Beamte den einen derselben bereits gepackt. Dies benutzte der Zweite, um auf den Beamten mit einem Messer einzudringen. Der also Bedrohte zog indes blühnd seinen Revolver und gab Feuer auf den Verbrecher. Dieser stürzte, in den Kopf getroffen, blutüberströmt zusammen, und der Beamte begann dem zweiten Verurtheilten, den er immer noch festhielt, zu knebeln. Währenddes raffte sich der Verwundete wieder auf, verließ die Küche und floh der Inselstraße zu. Von hier schleppte er sich noch in die Wassergrube hinein und betrat dort das Haus Nr. 30, woselbst er, vom Autoerlast ohnmächtig, zusammenbrach. Ehe man wußte, was geschehen, ließ man einen Arzt und den Inselstraße 10 wohnhaften Polizeihilfen Krichbaum kommen, welcher letzterer den Schwerverletzten einen Notverband anlegte. Kurze Zeit darauf verstarb der verwundete Verbrecher. Jetzt erst drang die Kunde nach der Wassergrube, daß man einen gefährlichen Einbrecher vor sich gehabt, welcher von einem Kriminalbeamten auf der That abgefaßt und verwundet worden war. Man benachrichtigte die Westerpoleizei, welche für Ueberführung der Leiche nach dem Leichenhause Sorge trug. Der zweite Einbrecher war inzwischen nach dem Polizeigegefängniß transportirt worden. Wie man sagt, soll ein Komplize der beiden Einbrecher, welcher sich bei einem früheren gemeinsam begangenen Diebstahl überorthelt glaubte, den bei Arnheim geplanten Einbruchdiebstahl aus Mache zur Anzeige gebracht haben.

Bedenkliche Brandwunden erlitt am Sonntag die Justizstraße 2 bei ihren Eltern wohnhafte 14jährige Pauline Lehmann. Mit dem Abheben eines mit lebend heißem Wasser gefüllten Kessels beschäftigt, glitt sie aus und goß sich den Inhalt des Kessels über den Leib, so daß ihre Ueberführung nach dem katholischen Krankenhaus stattfinden mußte.

Das unvorsichtige Zuschlagen der Koupecthären hat wieder einen Unglücksfall herbeigeföhrt. Als Sonntag Nacht der 35jährige Tafelbedier Hermann Fischer auf einem hiesigen Bahnhof antan, schlaftrunken ausgestiegen war und im Begriff stand, die Thür zuwerfen, kam ihm der Schaffner zuvor und wurde F. dabei die linke Hand — vornehmlich zwei Finger derselben — bedenklich gequetscht. Der Verletzte wurde nach Anlegung eines Notverbandes nach dem katholischen Krankenhaus überführt. Den Weanien triff keine Schuld.

Die Staafe sind eingetroffen und haben ihre hölzernen Häuschen bezogen. Täglich kommt es zu Kämpfen mit Spahen, die für den Winter in den warmen Nestern hausten.

Die Witterung des Monats Februar er. Nach den vorausgegangenen überaus kalten Monaten erschien der Februar, trotzdem er im Allgemeinen nicht gerade besonders warm war, recht degnlich. Wesentlich trug, um diese Empfindung hervor-zurufen, der Umstand bei, daß die Witterungsverhältnisse sehr gleichmäßig und ohne jeglichen schroffen Uebergang blieben.

Zu Anfang des Monats stand das Wetter unter dem Einflusse eines im Norden Europas langsam von Westen nach Osten gehenden barometrischen Minimums und eines zunächst am Biskayischen Meerbusen lagernden, dann ebenfalls etwas weiter ostwärts gehenden Maximums. Es war lind und trübe, und die ziemlich lebhaften Winde kamen aus Nordwesten. Allmähig breitete sich, während im Norden ein abermaliges Minimum nach Osten wanderte, der hohe Luftdruck über Deutschland aus, und es trat vom 5. ab leichter Frost ein, der bis zum 11. anhielt. Dann folgte beim Vorüberziehen eines beträchtlichen Minimums über das südliche Skandinavien eine beträchtliche Erwärmung, die aber bald wieder erneuert froste wich, als das Hochdruckgebiet vom Biskayischen Meerbusen her abermals sich ausbreitete. Dieses Maximum, welches seinen Kern allmähig nach Deutschland verlegte, beherrschte längere Zeit das Wetter, das meist trübe, neblig und gelind blieb. Allmähig wurde die Temperatur allerdings niedriger, als sich der Keen nach Rußland verschob. Mehrfache Minima, die im Westen erschienen, drangen nicht bis zu uns vor, so daß die Witterung bis zum Monats-

schlusse gleichmäßig gut blieb. Besonders waren die letzten fünf Monatsstage durch sonniges und tagüber mildes Wetter ausgezeichnet; Nachts sank das Thermometer allerdings meist noch mehrere Grad unter Null.

Im Einzelnen sei über das Ergebnis der meteorologischen Beobachtungen der Station in SW Folgendes bemerkt: Der Barometerstand war, wie schon aus obiger allgemeiner Uebersicht ersichtlich ist, im Februar ex. absonderlich hoch, da das Maximum einen großen Theil des Monats in unseren Gegenden lagerte. Der mittlere Stand des Barometers betrug 768,6 Mm. und war damit um 10,4 Mm. höher, als normal ist. Am 12 Tagen überschritt das Barometer die Höhe von 770 Mm. und erreichte am 22. mit 775,8 Mm. sein Maximum, während das Minimum mit 755,6 Mm. auf den 12. fiel. Die mittlere Temperatur betrug Morgens 7¹/₂ U^r — 0,4 Gr. (normal 0,2 Gr.), Mittags 2¹/₂ U^r 2,8 Gr. (normal 2,7 Gr.), Abends 9¹/₂ U^r 0,8 Gr. (normal 0,9 Gr.). Es ergibt sich hieraus eine mittlere Monatsmitteltemperatur von 1,0 Gr., während 1,1 Gr. dem Februar nach langjährigen Beobachtungen zukommen. Die Temperaturverhältnisse zeigten also eine seltene Uebereinstimmung mit den normalen, und zwar nicht nur im Allgemeinen, sondern auch im Einzelnen. Kein Tag war um mehr als 3,3 Gr. zu warm, feiner um mehr als 3,6 Gr. zu kalt; im Ganzen überstieg die Differenz zwischen der thätigsten und der normalen Temperatur an 6 Tagen die Höhe von 2 Gr. Der wärmste Tag war der 8. mit 4,0 Gr., der kälteste der 14. mit — 3,5 Gr. Das absolute Maximum fiel auf den 26. mit 8,6 Gr., das absolute Minimum auf den 14. mit — 7,5 Gr. 14 Tage waren zu warm und 14 zu kalt. Eistage (an welchen die Temperatur unter 0 Gr. blieb) wurden 2, Frosttage (an welchen sie unter 0 Gr. sank) 18 beobachtet. Am Erdboden betrug das mittlere Maximum 6,3 Gr., das mittlere Minimum — 1,5 Gr. Die Extreme bildeten hier — 10,0 Gr. am 14. und 17,8 Gr. am 26. Am 24 Tagen ging der Thermometer am Boden unter 0 Grad.

Die Windrichtung war vielfach wechselnd. Bis zum 6. herrschten nordwestliche Winde vor, dann wehte bis 11. meist Südostwind, demnächst folgender Südwest, Nordwest und Nordost mit je eintägiger Herrschaft; vom 14. bis 20. war der Wind westlich oder nordwestlich, darauf trat Südost ein, der bis zum Monatschlusse die Herrschaft hatte. Im ganzen Monat wurden beobachtet: 21 mal West, 17 mal Nordwest, 17 mal Südost, 8 mal Süd, 6 mal Südwest, 4 mal Ost, 2 mal Nordost und 1 mal Nord, 8 mal herrschte zur Beobachtungszeit völlige Windstille. Die Windstärke betrug im Durchschnitt Morgens 2,5, Mittags 3,0, Abends 2,5 der zwölfstündigen Stala. 3 mal wurde der Stärtegrad 5, einmal der Stärtegrad 6 erreicht. Die Bewölkung war im Allgemeinen geringer, als für den Februar normal ist. Sie betrug im Monatsmittel Morgens 7,2, Mittags 6,7, Abends 4,9 der zehnteiligen Stala. Der Monatsdurchschnitt berechnet sich auf 6,3, während 7,0 für den Februar normal sind. Der Himmel hatte an 44 Beobachtungsterminen, also an mehr als der Hälfte aller, die Bewölkungsziffer 10, war also ganz mit Wolken bedeckt; dagegen war er an 21, von denen 12 auf den Abend fallen, ganz heiter. Trübe Tage im meteorologischen Sinne (Bewölkung über 5) wurden 11, heitere (Bewölkung unter 2) 5 festgestellt.

Die relative Feuchtigkeit war wegen des vielfach nebligen Wetters größer als normal ist. Sie betrug im Mittel Morgens 89,5 pCt., Mittags 73,7, Abends 84,6 pCt. Es ergibt sich hieraus ein Monatsdurchschnitt von 83 pCt., während dem Februar nur 80 pCt. zukommen. Ihr Maximum erreichte die Feuchtigkeit mit 98 pCt. am 23., ihr Minimum mit 40 pCt. am 12. Die Niederschläge waren sehr gering. Ihre Höhe erreichte mit 7,4 Mm. noch nicht den fünften Theil der normalen (39 Mm.). Nur an 4 Tagen fielen Niederschläge, welche mit mehr als 0,2 Mm. meßbar waren; im Ganzen wurde an 6 Tagen Regen, an 3 Schnee, an 1 Graupeln festgestellt. Reif wurde vierzehnmal, Nebel fünfmal beobachtet.

Polizeibericht. Am 2. d. M. Morgens wurde ein Mann auf dem Boden eines Hauses in der Spandauerstraße erhängt vorgefunden. — Nachmittags fiel ein Mann vor dem Hause Prenzlauerstraße 46 zur Erde und brach den rechten Oberschenkel. Er wurde nach der Weichschen Klinik gebracht. — Zu derselben Zeit erschoss sich ein Mann in seiner Wohnung in der Krausenstraße mittelst Revolvers. — Gegen Abend wurde vor dem Hause Dragonerstraße 3 ein Mann in Krämpfen legend aufgefunden und auf Anordnung des Arztes nach der Charitee gebracht. — Abends wurde ein Mann vor dem Hause Linienstraße 8A von einem Geschäftswagen überfahren und erlitt einen Bruch der rechten Schulter, sowie Verletzungen im Gesicht. — Zu derselben Zeit sprang eine Frau nahe der Barmalderbrücke in den Sandwehrkanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Zu der Nacht zum 3. d. M. stürzte sich ein unbekannter Mann von der Potsdamerbrücke in den Sandwehrkanal und ertrank. — Am 3. d. M. Morgens wurde ein Beßeling im Maschinenhause einer Fabrik in der Blumenstraße erhängt vorgefunden. — Am 2. d. M. fanden vier kleine Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Das Reichsgericht wird sich in Kurzem mit dem Köpenicker Krawall zu beschäftigen haben. Gegen das Erkenntniß des Schwurgerichts am Landgericht II., welches die Angeklagten zu schweren Strafen verurtheilt hat, ist Seitens der Verteidigung das Rechtsmittel der Revision eingelegt worden, über welches nun das Reichsgericht zu entscheiden hat. Außer auf kleinere formale Punkte stützt sich die Revision namentlich darauf, daß die Hauptfrage bezüglich des schweren Auftrahes den Geschworenen in unzulässiger Form vorgelegt worden sei.

Nach der durchaus gerechtfertigten Praxis unserer Gerichtshöfe, bei Messerstechern gegenüber grundfahrlich Milde nicht walten zu lassen, wurde auch gestern Seitens der IV. Strafkammer des Landgerichts I. verfahren. Der Verlesene hatte sich der Maler Max Heinrich Könsch wegen schwerer Körperverletzung und Bedrohung zu verantworten. Könsch hatte eines Tages ein wenig zu tief in die Flasche geguckt und war darüber so in Aufregung geraten, daß er in dem Hause, in welchem er wohnte, einen Seidenlarm verursachte. Er gerieth mit mehreren Einwohnern in Streit und drohte mit furchtlicher Stimme, daß er Jeden niedermegeln werde, der ihm unbequem werden sollte. Ein Zimmergesell Maute, welcher diese Drohungen für eitel Gehmwas hielt, schloß sich veranlaßt, dem Stalldarmacher energisch zur Ruhe zu verweisen und ihm eine gewaltsame Entfernung aus dem Hause in Aussicht zu stellen. Statt jeder Antwort zog der Angeklagte ein Messer und brachte seinem Gegner mehrere Stichwunden im Kopf bei, welche trotz einer fast vierwöchigen Behandlung bis zum heutigen Tage noch nicht ganz geheilt sind. Der Angeklagte ist noch nicht bestraft, er war auch erwiesenermaßen etwas angeunken — nichtsdestoweniger verurtheilte der Gerichtshof denselben zu 1 Jahr 14 Tagen Gefängniß, weil auch er der Ansicht ist, daß der Mord des Messerstechers auf alle Fälle mit möglichst empfindlichen Strafen entgegen getreten werden müsse.

Als ein höchst unvorsichtiger Wagenführer zeigte sich der Kutscher Wilhelm Schulz, welcher gestern unter der Anlage der fahrlässigen Körperverletzung vor der vierten Strafkammer des Landgerichts stand. Der Angeklagte hat jedoch einmal das Unglück gehabt, ein Kind zu überfahren und dadurch zu tödten; fast ebenso schlimm lag der gegenwärtige Fall. Am 18. April v. J. fuhr der Angeklagte mit einem schwer beladenen Wagen durch die Gorklerstraße. Ein kleines, kaum zwei Jahre

Soziale Uebersicht.

Aufent an sämtlichen Kollegen der Arbeiter des In- und Auslandes. Werthe Kollegen und Arbeiter! In Nachstehendem geben wir einen Ueberblick über den Stand unserer Auswanderung. Seit unserem letzten Aufent hat sich die Situation im Wesentlichen verändert. Der Ausstand der Hensburger Kollegen ist bekanntlich mit einem Siege der Arbeiter beendet; wir müssen hier jedoch bemerken, daß es den Fabrikanten große Ueberwindung gekostet hat, den famosen Revers zurückzugeben, und daher müssen wir ganz besonders auf der Hut sein, besonders mit dem Arbeitsangebot; nachdem die Sperre als aufgehoben bekannt gegeben war, fand nämlich ein sehr großes Arbeitsangebot statt, so daß die Hensburger Kollegen hierdurch einen Schaden für sich fürchten mußten.

Es sei hier erwähnt, daß die Kollegen in Hensburg mit den Fabrikanten dort das Abkommen getroffen hatten, daß die auswärts Arbeitenden, welche während des Ausstandes Hensburg verlassen hatten, wieder eingestuft würden. Gesezt nun den Fall, diese Arbeiter kämen alle wieder zurück, was kaum bezweifelt werden darf, so sind die Zeiten in Hensburg so ziemlich besetzt, und dies bitten wir zu berücksichtigen.

In Ottenfen sind die Verhältnisse durch Zugang von auswärts für uns etwas ungünstiger geworden; wir bitten aber, den Zugang nach diesem Ort für die Zukunft streng fern zu halten, dann wird auch hier das Unternehmertum zu der Einsicht kommen, daß die Arbeiterschaft ein Faktor ist, mit dem man zu rechnen hat.

Im Uebrigen muß hier bemerkt werden, daß die von auswärts zugezogenen Arbeitsträfte zum größten Theil nicht in der Lage sind, den an sie gestellten Anforderungen zu genügen, dies ist selbst von den Unternehmern in Ottenfen zugegeben worden.

Was Bergedorf anbelangt, so sei erwähnt, daß wir an diesem Ort an die Unternehmer eine Kommission sandten und anfragen ließen, ob man zur Unterhandlung geneigt sei.

Die Firma Hein und Dietrichs antwortete der Kommission durch ein kurzes „Nein!“

Die Firma Zimmermann erklärte auf eine diesbezügliche Anfrage, daß man noch an den alten Forderungen festhalte, nämlich den Revers zu unterschreiben; als sich die Kommission hierauf die Bedingungen resp. den Revers schriftlich ausbat, lehnte man dies ab mit der Motivierung, daß der letztere dann wieder im „Hamburger Echo“ veröffentlicht würde.

Die Herren Fabrikanten scheinen also selbst zu fürchten, daß ihre Mittelstücken von der Öffentlichkeit verdammt werden. Um nun aber den Kollegen Gelegenheit zu geben, einen kleinen Einblick in das Herz des Unternehmertums zu thun, so veröffentlichten wir hier den Revers, welcher den Hensburger Kollegen anfänglich vorgelegt wurde, welcher dann aber zurückgezogen wurde:

Erklärung!

Ich erkläre mich hierdurch mit der auf den Hensburger Glasfabriken üblichen Fabrik- und Arbeitsordnung vollständig einverstanden und habe je ein Exemplar empfangen.

Ferner spreche ich meinem Arbeitgeber das Recht zu, mich sofort und ohne Aufkündigung zu entlassen, wenn ich mich an Fachvereine und sozialistische Agitation beteilige, oder an dahin zielenden Bestrebungen oder Unternehmungen teilnehmen sollte.

Dies ist also der Revers, durch dessen Unterschrift wir uns gewissermaßen enttätigen sollen, und wir sind entschlossen, nachdem die Fabrikanten eine Verständigung abgelehnt haben, bis zum Kerkerthore auszuharren, und wir hoffen hierbei auf die fernere Hilfe der Kollegen und Arbeiter.

Im Ausstand befinden sich noch über 70 Mann an den beiden Orten Bergedorf und Ottenfen, von denen die Mehrzahl verheiratet ist.

Indem wir bitten, den Zugang nach Bergedorf und Ottenfen streng fern zu halten und uns auch ferner nach Kräften zu unterstützen, zeichnen wir kollegialischem Grus

Die ausgesperrten Glasarbeiter.

Sendungen sind an die bekannten Adressen zu richten.

Albert Gebel.

Halle, 2. März. Der Streik der Formier bei Heylandt und Ungnade dauert unverändert fort. Zugang ist ferngehalten.

Aus Zeitz geht uns folgende Erklärung zu:

Ich bin auf Grund der Stellenvermittlung selbständiger Bildhauer Berlins durch Herrn Thiem, Reichenbergerstraße 24, nach Zeitz geschickt worden mit dem Bemerkten: „Die Zeitzer Bildhauer haben die Arbeit gelündigt, weil ein Kollege wegen Wohnverhältnisse selbst gelündigt.“ Bemerkenswert ist, daß die Herren Liebig u. Söhne jetzt Altpreise eingeführt, die jedem Kollegen, und hauptsächlich solchen, welche nicht auf Piano-Arbeit eingerichtet sind, die Erteilung unmöglich machen. Vor 1 1/2 Jahren wurde eingeführt Stündliche Arbeitszeit und Minimallohn von 18 M., während Herr Liebig jetzt die Arbeitszeit auf 10 Stunden erhöht wünschte. Als mir der wahre Sachverhalt klar wurde, bin ich von Zeitz wieder abgereist. Mit kollegialischem Grus Sabistlaus v. Hierowski, zur Zeit in Werdau in Stellung. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Von den Leiden, welche jugendliche Arbeiter oftmals auszuhalten haben. Können die Lehrlinge einer kleinen Maschinenfabrik im Süd-Osten der Stadt ein Liedchen singen. Der Besitzer der Fabrik sucht eine besondere Bravour darin, seine sechs Lehrlinge bei jeder Gelegenheit mit Ohrfeigen zu traktieren und auch auf andere Art und Weise zu züchtigen. Vier einige Beispiele davon. Es war am Weihnachts-Heiligabend. Einer der älteren Lehrlinge schloß das Untertheil eines Schnitts Instru- ment zum Ausschneiden um 1/100 Millimeter zu weit aus. Eine Portion Ohrfeigen war der Lohn für diesen „groben“ Fehler, welcher, bedenklich gesagt, mit wenig Mühe vom Herrn Chef wieder aus dem betreffenden Instrument beseitigt wurde. Außerdem wurde dem armen Jungen die Borenhaltung des gewöhnlichen Weihnachts-Geschenkes von 3 (drei) Mark angedroht, welche Drohung allerdings nicht wahr gemacht wurde, trotzdem er dies Geschenk nicht verdiente, wie der Meister bei der Uebergabe des Geschenkes nicht verheimlichte, daß er, wenn er seine feine „Jungs“ jahrelang für 3 bis 4,50 Mark wöchentlich ausbeutet, wobei sie ihm oft ebensoviel leisten wie die Gehilfen, zu Ende jeden Jahres ein „Geschenk“ von 3 Mark verabreicht. Kommen wir weiter. Derselbe junge Mann beugte zu einer anderen Zeit ein kleines Werkzeug bei der Arbeit. Was hatte der Meister zu thun? Er zog den Jungen über eine Heißbank und würgte ihn so am Hals, daß ihm Hören und Sehen verging. Auf diese Weise will er tüchtige Arbeiter, nützliche Mitglieder der Gesellschaft erzüchten. Möglicherweise ist es, daß sich die be- treffenden jungen Arbeiter zu nützlichen Mitgliedern der Gesell- schaft entwickeln; sicher ist aber, daß sie dies nicht im Sinne ihres „Beherrschers“ werden. Wir könnten noch viel mehr Brutalitäten des hier in Betracht gezogenen „Arbeitsgebers“ anführen, vergaßen aber darauf, da es, wenn wir auch mehrere Spalten damit füllen wollten, doch nur Stillschweigen bliebe! Erwähnen wollen wir noch, daß besagter Herr sich wegen seiner Brutalität

den Lehrlingen gegenüber schon mal vor Gericht zu verantworten hatte, sich aber dadurch nicht von der Ausübung neuer Probenheiten abhalten läßt.

Versammlungen.

Ein sozialdemokratischer Parteitag

für die Kreise Ober-Barnim, Königsberg i. N. und Prenzlau-Angermünde war zu Sonntag, den 1. März nach Briesen a. O. einberufen. Derselbe wurde vom Genossen Günther aus Freienwalde a. O. Vormittags 11 1/2 Uhr mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Der Sitzungssaal, der wohl 1500 Personen zu fassen geeignet war, wurde von circa 300 Delegirten aus den drei Kreisen, sowie einer ganzen Anzahl von aus der Umgegend erschienenen Parteigenossen angefüllt. Ueber der Bühne prangen zwei rote Fahnen mit der Aufschrift: „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ und „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“ Den Vorsitz führten die Genossen Regelmann-Hen-Damm und Günther. Eine vom Genossen Günther vorgeschlagene Geschäftsordnung, wonach jedem Referenten eine Stunde und jedem Redner zehn Minuten Redezeit gewährt werden, wurde angenommen. Hierauf erhielt zum ersten Punkt der Tagesordnung: Organisation und Agitation, Genosse Pötelmann das Wort. Derselbe führt folgendes aus:

Die Agitation in den ländlichen Kreisen ist eine bedeutend andere wie in den Städten. Dort, wo die Industrie eine Menge Proletarier zusammengezogen, wo diese sich gegenseitig aufgeklärt und zu Vereinen zusammengeschlossen haben, ist die Agitation eine verhältnismäßig leichte. Vielen der ländlichen Arbeiter sei der Sozialdemokrat nichts anderes, als ein schnapsdunstiger Geselle, als ein Zerstörer der Familie, des Staats, des Eigentums bekannt, als welchen die Gegner ihn hinzustellen belieben. Daß dieses durchaus nicht wahr ist, lehrt der Augenschein dem ländlichen Arbeiter. Man rühme immer so viel das patriarchalische Verhältnis auf dem Lande, doch sei dies stark zerbrochen. Hier könne man die alltägliche Erscheinung beobachten, daß der Landarbeiter wohl das Korn baue, jedoch meist selber hungern müsse. Durch welche Mittel man nun den ländlichen Arbeiter zufrieden machen wolle, zeige das Vorgehen des Baron Eckardstein auf Klosterdorf. Derselbe habe Arbeitern, die 40 Jahre bei ihm beschäftigt seien, eine Prämie von 500 M. und 100 M. für die Kinder gezahlt, oder pro Jahr 37 1/2 Pfennig. Hiermit könne man doch Niemanden aus den Klauen des Sozialismus reißen.

Redner fordert auf zur Agitation bei Gelegenheit der Wahlen zum Landtag und in die Stadtvertretungen; wenn man auch nicht daran denken könne, irgend Jemand als Abgeordneten durchzubringen, so sei doch in der Wahlzeit das Gemüth des Arbeiters mehr denn je empfänglich für neue Lehren.

Zur Frage der Organisation übergehend empfiehlt Redner den industriellen Arbeitern die Fachorganisationen, sowie das Einberufen öffentlicher Versammlungen, die mit Politik sich zu beschäftigen hätten. Bei den Landarbeitern seien die erstgenannten Organisationen nicht angebracht, da die Gewerkschafts-Organisation dies verbiete; ihnen blieben deshalb nur rein politische Organisationen und öffentliche Versammlungen. Redner weist am Schluß darauf hin, daß wir versuchen müssen, die politische Macht in die Hände zu bekommen. — Auf Antrag des Genossen Thierbach wird gleich in den zweiten Punkt der Tagesordnung: Vortrag des Genossen Salomon-Briesen über die ländliche Arbeiterfrage, eingetreten. Referent weist darauf hin, daß am 1. März 1893 Passale sein offenes Antwortschreiben erlassen habe, das den Anstoß zur Bildung von Arbeiterorganisationen gegeben habe. Die industriellen Arbeiter, die zuerst sich der Mittel der Agitation und Organisation bedient hätten, haben auch bereits wenn auch nur kleine Erfolge zu verzeichnen. Die ländlichen Arbeiter sind leer ausgegangen, da sie bisher nichts gefordert hätten. Ein Theil der ländlichen Arbeiter lebe klump in seinem Elend dahin, der andere Theil fühle wohl sein Elend, wisse aber nicht, wie ihm abzuheilen. Es kann zugestanden werden, daß die Klagen der Grundbesitzer über Arbeitermangel berechtigt seien, nur frage es sich, woraus dieser entspringe. Man zöge Arbeiter aus den städtischen Provinzen heran, und wenn sie auf den Gütern angekommen, halte man die gegebenen Versprechungen nicht; daß dann die Arbeiter wieder fortziehen, sei doch selbstverständlich. Diese Arbeiter drücken dann die Ehre ihrer Brüder in den Städten. Es werde auch vielfach zugestanden, daß unter den ländlichen Arbeitern Rothhände vorhanden seien, die Vorschläge zur Abhilfe seien jedoch höchstens zu einer Verschlimmerung der Noth angethan. So verlange man die Beschränkung der Freizügigkeit; dies sei einfach eine Vergewaltigung des Arbeiters, die ihn in das frühere Sklavenverhältnis zurückzuführen geeignet sei. Während jedoch der frühere Sklave von seinem Herrn seines Wertes wegen wenigstens gut genährt und gepflegt worden sei, könne man dies von dem Arbeiter nicht sagen. Der Redner entwirft ein Bild von dem Leben des ländlichen Arbeiters, dem wir das Hauptverbrechen entnehmen:

Die Arbeitszeit dehnt sich auf 16—18 Stunden täglich aus, während das Einkommen des ländlichen Arbeiters, wenn die ganze Familie arbeite, sich auf jährlich 600 M. nach einer von ihm aufgestellten Statistik belaufe. Dies sei aber noch sehr günstig gerechnet. Durch die ungeheure Stundenzahl erspare der Gutsbesitzer eine Menge Arbeiter. Liehe man den heutigen Durchschnittslohn — 1,67 M. — bestehen, so müßte täglich bei zwölfstündiger Arbeit der Gutsbesitzer 1 M. mehr für einen zweiten Arbeiter ausgeben. Daß bei dem jetzigen Einkommen der Arbeiter nicht leben könne, sei allgemein bekannt, auch unter den Gutsbesitzern; das Fehlende werde einfach durch Diebstahl erreicht. Der Baron von C., der einmal seinem Inspektor gegenüber sich der vielen Diebstähle wegen beschwert habe, habe von diesem die Antwort erhalten: er möge das Einkommen der Arbeiter verbessern, dann werde der Diebstahl von selbst verschwinden. Hierauf sei von dem Herrn die Antwort erfolgt: „Ich mein, ich mein“, Nehen thun sie doch. Wie mit dem Einkommen, so sei es auch mit den Wohnungen. Die Wohnungen der Arbeiter seien thafächlich in einem Zustande, daß die Herren nicht ihr Vieh darin einsperren würden. Wo das Feuer ein wenig aufgeräumt, da habe man ja schon etwas bessere Wohnungen hergestellt.

Der Tagelöhner, dem nur eine Stube, Kammer und Stall zur Verfügung stünde, müße in der Kammer seine Kartoffeln, Roggen und sonstige Feldfrüchte, sowie sein Handwerkzeug aufbewahren. In der Stube müßten deshalb die ganze Familie, ja sogar Dienstmädchen schlafen; auch müßte dort Essen und das Futter für die Schweine geflocht werden. Nach Angabe der Herren solle sich der Arbeiter des Sonntags in Wirthshäusern herumtreiben, in Wirklichkeit müße derselbe am Sonntag Hand- werkzeug zurecht machen, den Stall säcken oder das Feld, welches ihm vom Herrn zugewiesen, beackern. Die Bauernrechte und -Müße seien nicht besser daran. Während sie früher noch mit am Tische des Bauern gesessen und in der Wohnung sich aufgehhalten hätten, müße der knecht jetzt in einem Brettereschlage im Pferdestall kampiren,

während die Müße in der Küche sich aufhalten müßten. Sei es dann ein Wunder, daß sie dann im Wirthshaus sich zusammenfinden? Wenn durch solche Zustände die Leute unzufrieden würden, heiße es, sie seien durch Sozialdemokraten verhebt, das Verheben besorgen ja die Beschäftigten.

Dem ländlichen Arbeiter müßten aber die bestehenden Verhältnisse die Augen geöffnet werden, dann werde derselbe bald in die Reihen der Sozialdemokratie eintreten.

Hierauf fand eine Mittagspause statt.

In der Diskussion trat Genosse Thierbach für eine Agitation betreffs Abschaffung der Gewerbe-Ordnung ein. Er trat ferner der Ansicht entgegen, als ob durch irgend welche Gesetz der Niedergang des Kleinbauern verhindert werden könne. Auch in der Landwirtschaft mache sich das Gesetz der immer größeren Zusammenziehung des Besitzes geltend. Genosse Willarg fordert zur Aufnahme von Statistiken auf. Genosse Birch macht den Vorschlag, in den Städten Vertrauensmänner zu wählen, die an Sonntag-Nachmittagen Versammlungen einzuberufen hätten, zu welchen man die Landarbeiter heranziehen möge. Genosse Radwih-Eberswalde will an Sonntagen die Dörfer von den Städten aus mit Schriften belegt wissen. Folgende Resolution wurde angenommen:

In Erwägung, daß bisher für die Aufklärung der landwirthschaftlichen Arbeiter nicht genügend Sorge getragen, in fernerer Erwägung, daß das Klassenbewußtsein der ländlichen Arbeiter nur durch rührige Agitation gefördert werden kann, beschließt der heutige Parteitag 1. mit allen gesetzlichen Mitteln im Sinne der sozialdemokratischen Partei zu agitiren, wo es nur angeht, auf den Dörfern Versammlungen abzuhalten. 2. Von Zeit zu Zeit Flugchriften, welche die Lage der ländlichen Arbeiter behandeln und worin die Wege zur Besserung angegeben sind, zu verbreiten. 3. Die Kosten sind theils aus den Kreisen aufzubringen, theils ist Beihilfe aus der Zentralkasse zu erbitten.

Ebenso wurde folgende Resolution angenommen: Der heute in Briesen a. O. versammelte Parteitag erklärt, daß, so lange die Gewerbe-Ordnung besteht, eine Organisation der ländlichen Arbeiter unmöglich ist. Es protestirt gegen dieses Uebelthun aus dem Mittelalter und verpflichtet mit ganzer Kraft für Befreiung desselben einzutreten. Zum dritten Punkte der Tagesordnung: Uebers Presse, referirte Genosse Willarg-Berlin. Redner gab einen Ueberblick über die Entwicklung der Parteipresse und forderte zu reger Verbreitung derselben auf. Thierbach macht darauf aufmerksam, daß am 15. März die Probenummer des „Volksblatt für die Kreise Zeltow-Charlottenburg, Ober- und Niederbarnim“ erscheinen werde und fordert zu reger Verbreitung im Kreise Oberbarnim auf. Salomon, Berndt und Haber treten für Verbreitung der „Märk. Volkszt.“, Radwih, Birch und einige andere Genossen für die Verbreitung des neuen Blattes ein. Ein Antrag Wernau, der empfiehlt, es den Genossen des Kreises zu überlassen, welchem Organ sie sich zuwenden wollen, wird angenommen.

Zur Feier des 1. Mai empfiehlt Thierbach den Fraktionsbeschlus. Der Vorsitzende brachte dann ein dreimaliges Hoch auf die Sozialdemokratie aus. Nachdem noch der erste Vers der Marseillaise gesungen, wurde der Parteitag geschlossen.

Stiftungsfest des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Reichstags-Wahlkreis.

Unzählbare Scharen überzeugungstreuer Gesinnungsgenossen hatten am Sonnabend ihren Weg nach dem Gießeler genommen, um das Stiftungsfest des Wahlvereins für den 6. Wahlkreis zu feiern. Lange vor Beginn des Festes waren beide Säle gefüllt und immer frömten neue Festtheilnehmer heran. Zwischen 8 und 9 Uhr waren die Säle so gefüllt, daß ein Jeder stehen bleiben mußte, wo immer er ein Plätzchen erwirkt hatte. Ein auf Stühlen Gebuld gehörte dazu, in diesem überfüllten Saal auszuhalten und gemüthlich zu bleiben. Ja, wahrlich, „gemüthlich“ war es trotzdem und die Vorstellung dürfte nicht alle Tage einen so lebhaften Beifall zu verzeichnen haben, wie am Sonnabend.

Fast wunderbar erscheint es unter diesen Umständen und ist wohl nur mit der Thatsache zu erklären, daß zwischen dem Publikum und den Sängern eine so innige Geistesübereinstimmung herrscht, daß die Vorträge des Arbeiter-Gesangvereins „Nord“ mit einer Ruhe angehört wurden, daß selbst die feinsten Pianos in den entferntesten Winkeln des Saales zu verstehen waren. Die „Arbeiterhymne“ „Ein Sohn des Volkes“, fand einen Beifall, wie wir ihn selten gehört haben. Nicht minder „Mein Heimatthral“ und „Am Ort, wo meine Wiege stand.“ Nach dem Vortrag dieser rechten und echten Volkslieder ergriff Genosse Liebig das Wort zu folgender Festrede:

Verzeihe Festgenossinnen und Festgenossen! Die Arbeiterfeste werden jedesmal den Spott und Hohn der gegnerischen Parteien. Man sagt, so lange die Arbeiter noch solche Feste feiern, können ihre Klagen nicht weit her sein, so lange ist die sogenannte „Noth“ nichts als Heuchelei! Lassen wir sie reden. Der Arbeiter muß seine Feste feiern! Haben denn nicht die Sklavenhalter früherer Perioden ihren Sklaven Feste gegeben, um ihre Lage erträglicher scheinen zu lassen? Wie die Arbeiter mit ihren Festen sich auf einige Stunden vom Joch der Unterdrückung befreien, so können auch die Feste als Versammlung der Emanzipation angesehen werden, und deshalb, scheint es, sind die Feste den Gegnern ein Dorn im Auge. Der Arbeiter, der in seinem Kampfe ums Dasein für Andere Schätze erwerben muß, dem das Bewußtsein, die Schätze sind nicht mein, zu Boden drückt, dieser Arbeiter will für Momente frei sein.

Die Vereinigung der Arbeiter ist eine Folge der ökonomischen Entwicklung. Der Wille, die Kraft des Einzelnen vermag Nichts. Aber die gleichen Ursachen haben auf der ganzen Welt gleiche Wirkung gehabt. Die ganze Welt ist in zwei mächtige Heereslager getrennt. Die die Träger des monarchischen Europa in Waffen stehend sich gegenüber stehen, so steht Kapital und Arbeit auf der ganzen Welt zum Kampfe bereit sich gegenüber. Millionen dieser Schaaeren, die nach ihren Interessen auf Seiten der Arbeit gehören, sind noch unentzogen! Jetzt noch sind wir in der Minderheit, aber die gleichen Interessen, die bei dem Kampfe uns tägliche Brot immer deutlicher zeigen, die die Gegner zu immer schreienderer Ungerechtigkeit treibt, sie fähert uns immer neue Schaaeren zu. Einer gewinnt, 20 verlieren bei dem großen Spiel, der Mittelstand wird immer mehr und mehr vernichtet. Unsere Gegner spielen unser Spiel, sie führen uns stets neue Kämpfer zu. Die Hunderttausende von heute werden zu Legionen werden. Mehr als neun Zehntel aller Menschen gehören ihren Interessen nach zu unseren Reichen, sind aber un- fähig, ihre Lage zu erkennen. Und dieser Stand der Bewegung hat der ganzen neuen Welt ein herrliches Drei- wort als Kampfsparole gegeben. Es lautet: Agitation, Erziehung und Organisation.

Agitiren heißt bewegen! Jawohl, die Seele des Menschen muß die Bewegung aufnehmen, sie muß den Menschen die Ungerechtigkeit fühlen lassen, sie muß unsere Gedanken täglich weiter tragen, die 1 1/2 Millionen Stimmen müssen vereinfacht werden.

Erziehen! Wie ein denkender Kopf die Thätigkeit Tausender regeln kann, so muß die gesammte Arbeiter-

